

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftsteller: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher S.-A. 625 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungliste

Die Aussperrung ist aufgehoben Der Reichsinnenminister soll einen neuen Schiedsspruch fällen

F. K. Im Ruhrkonflikt ist überraschend schnell eine Wendung eingetreten. Am 3. Dezember hat das nordwestliche Industriegebiet wieder zu qualmen und zu rattern, zu schaffen begonnen. Der Schiedsspruch, um dessen willen die Eisenarbeiter ausgesperrt, die Hüttenwerke stillgelegt worden waren und worum sich schließlich der ganze unermesslich verlustreiche Streit drehte, ist über Nacht ganz in den Hintergrund getreten. Anstelle dieses heiß umstrittenen Spruchs soll ein neuer treten. Der sozialdemokratische Reichsinnenminister Severing ist von der Regierung zum Schiedsrichter bestellt worden. Ihn haben die Schwerindustriellen ebenso wie die drei Metallarbeiterverbände anerkannt. Daraufhin haben die Hüttenbarone die Betriebe geöffnet und die Arbeiter sind wieder in die Siedle zurückgekehrt. Damit ist freilich der große Konflikt keineswegs gelöst, er ist aus einem hochbedeutenden wirtschaftlichen Streit zu einer politischen Angelegenheit geworden.

Aber diese Art der Einmischung des Reichskabinetts in den schweren wirtschaftlichen Streit sind die Meinungen in allen Teilen der Arbeiterbewegung sehr geteilt. Gewiß haben von Beginn der Aussperrung an zahlreiche Gewerkschaftsvertreter fröhen nach der Regierung angeschlossen. Man erwartete von ihr nichts als die Erfüllung einer platten Selbstverständlichkeit, nämlich, daß sie dem Schiedsspruch vom 26. Oktober bei den Schwerindustriellen Achtung verschaffe. Der Schiedsspruch war doch „im öffentlichen Interesse“ für verbindlich erklärt worden. Wenn nun dieses Interesse gewichtig genug war für die Verbindlichkeitsklärung, so konnte es nicht weniger wichtig sein für seine Durchführung. Ein Schiedsspruch ist ein geschlichteter Akt. Folglich mußte er jetzt gegen eine Handvoll schwerreicher Industrieller ebenso rücksichtslos durchgesetzt werden, wie er wiederholt gegen Arbeiter, die um etwas mehr Lohn rangen, durchgesetzt worden war. Das wurde, wie gesagt, in allen Lagern der Arbeiterschaft für selbstverständlich gehalten. Und an Mitteln, dem Gesetz bei einem Tugend Menschen Achtung zu verschaffen, konnte es, so vermeinte man, der hohen Regierung des Landes doch unmöglich fehlen, in dem laut Verfassung doch alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und nicht von ein paar Kapitalisten.

Mit der Erfüllung dieser Selbstverständlichkeit aber ließ die Regierung auf sich warten. Sie überließ es den drei Metallarbeiterverbänden, in einem langen Rechtsstreit das durchzusetzen, was Sache der Regierung hätte sein müssen. Die drei Gewerkschaften ließen sich die recht kostspielige Mühseligkeit um der Regierung und ihrer Autorität willen nicht verdrießen. Und sie, die Gewerkschaften, standen nicht nur im Gerichtssaal, sondern auch den Unternehmern gegenüber fest zu dem Schiedsspruch, zu dem Befehlssatz der Regierung. Fast nur noch um ihn wurde in den sechsstägigen Verhandlungen mit den Vertretern des Arbeitgeberverbandes gerungen. Was immer von diesen vorgeschlagen wurde, es lief auf die Beseitigung des Schiedsspruchs hinaus. Und was immer die Gewerkschaften unterbreiteten, es galt der Erhaltung des Schiedsspruchs. So war der Schiedsspruch nachgerade zum einzigen Streitgegenstand geworden.

Das Urteil des Landesarbeitsgerichts rechtfertigte noch mehr das Festhalten der Gewerkschaften an dem Schiedsspruch. Es erklärte ihn über die formalen und sonstigen Spitzindigkeiten der Schwerindustriellen Advokaten hinweg für gültig. Die Stellung der Gewerkschaften war dadurch noch unanfechtbarer, ihr öffentliches Ansehen noch besser, ihr Name bei den Aussperrten noch klangvoller, ihre Aussicht, in diesem beispiellosen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu siegen, noch sicherer geworden. Die Schwerindustriellen dagegen waren noch tiefer in ihre Sackgasse geraten. Ihr öffentliches Ansehen war ohnedem schon auf dem Nullpunkt angelangt. Um ihre Erfolgsaussicht zu bessern, wurden Arbeitgeberverbände in anderen Teilen des Reiches zu einer Entlastungssoffensive angetrieben. Was nichts anderes bedeutete, als daß die Krauterweine, die doch auf einen beträchtlichen Vorteil aus der Aussperrung hofften, nun Opfer dafür bringen sollten. Unter solchen Umständen verdunstete im Fabrikantenlager die Hochachtung vor den Schwerindustriellen Großen noch mehr. Je länger die Aussperrung dauerte, desto haltloser wurde sie. Die Schwerindustriellen mußten trachten, baldmöglichst aus dem Engpaß herauszukommen.

Ausgerechnet bei diesem Stande der Dinge mischte sich die Reichsregierung ein. Aber nicht, wie man füglich erwarten zu können glaubte, um den alten, um den noch durch ein landesarbeitsgerichtliches Urteil erhärteten Schiedsspruch bei den Schwerindustriellen Geltung zu verschaffen, nein, um diesen durch einen neuen zu ersetzen. Der hierfür erkorne Reichsinnenminister Severing erklärte allerdings, daß er das ihm zugedachte Amt nur dann annehme, wenn beide Parteien, wenn die Industriellen wie auch die Gewerkschaften im voraus erklärten, sich seinem Spruch zu unterwerfen. Diese Kunde entsachte bei den beteiligten Gewerkschaften seltsame Gefühle. Die Einmischung der Regierung konnte nur eine Änderung, eine Annullierung des alten Schiedsspruches bedeuten. Des nämlichen Schiedsspruches, um dessen willen die Unternehmer ausgesperrt, um den die Gewerkschaften nachdrücklich gerungen hatten, und dies nicht etwa, weil er die Lebensnotwendigkeiten der Hüttenarbeiter erfüllte, nein, wahrhaftig nicht, wohl aber, um der Staatsautorität Geltung zu verschaffen. Und dieselbe Staatsautorität nun wollte ihren eigenen, den vielumstrittenen Befehlssatz ändern oder annullieren?

Die Gefühle der Gewerkschafter wurden noch seltsamer, als fast mit der Meldung von dem Eingreifen der Regierung die Erklärung der Schwerindustriellen eintraf, sie wollten den Spruch des Reichsinnenministers im vorhinein anerkennen. Wie doch? Die ausgesprochensten Feinde dieser Regierung sind bereit, sich der Entscheidung ihres Ministers blindlings zu unterwerfen! Vergleichbar war noch nie dagewesen. Den Vermutungen ward weitester Spielraum gegeben. Jedenfalls waren die drei Metallarbeiterverbände in eine höchst unerquickliche Lage gebracht. Sie mußten sich nun ebenfalls entscheiden, ob sie des Innenministers Schiedsspruch, ganz gleich, wie er lautete, anerkennen wollten. Von einer freien Entscheidung konnte im Grunde nicht mehr geredet werden. Die bürgerliche Presse teilte sich, festzustellen, daß nun nur noch die Metallarbeiterverbände die Verantwortung dafür trügen, wenn die Aussperrung, das namenlose wirtschaftliche Ungeil, das doch die Unternehmern erwidert, noch weiter ginge. Und als die Gewerkschaftsvertreter erwiderten, daß sie ihrer Sägung gemäß sich erst mit ihren Auftraggebern verständigen müßten, wurde in der bürgerlichen Presse von einer — „Scheu vor der Verantwortung“ geschrieben. Die Vertreter der Christlichen und des Hirsch-Dunderschen Verbandes waren bereit, in der Entscheidung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes anzuschließen. So blieb die letzte, die schwerste Entscheidung bei uns in dem Verband.

Desen Vorstand und sein Erweiterter Beirat wie auch die große Lohnkommission des Ruhrgebietes haben am Sonntag dem 2. Dezember diese Stunden um die Entscheidung gerungen. Aus allen Reden klang die ungeheure Verantwortung heraus, die dem Metallarbeiter-Verband zugefallen war. Es ist überaus ernst und sachlich verhandelt worden. Das muß auch von den Vertretern der Betriebe gesagt werden. Sie zeigten auffallend viel Verständnis für die Schwierigkeit der Lage und den Ernst der Stunde. Was sich irgendwie an Gründen für das Widerwie für das Für erdenken läßt, ist reichlich erzwungen worden. Schließlich kam es in allen drei Körperschaften unseres Verbandes zu der Entscheidung, die an anderer Stelle dieser Seite zu finden ist. Bei der Entscheidung spielte die Erwägung

eine gewichtige Rolle, daß die Metallarbeiter doch nicht gut ihren eigenen Verbandskollegen Severing als Schiedsrichter ablehnen könnten, weil das ja hieße, daß sie ihm weniger vertrauten als die Schwerindustriellen, die ihn ohne weiteres anerkannt hätten. Daß aber selbst diese Erwägung missamt den andern die Bedenken nicht ganz zu beseitigen vermochten, bezeugen die nicht geringen Minderheiten, die in allen drei Körperschaften des Verbandes gegen das Annehmen der Reichsregierung waren.

Durch die Entscheidung der Metallarbeiter sind die Schwerindustriellen von ihrem schweren Alpdruck befreit. Offenbar sind sie heilfro, aus ihrer Sackgasse endlich heraus zu sein. Darauf läßt unter andern die Fixigkeit schließen, womit sie die Betriebe öffneten, und die Tatsache, daß sie (hie und da) ihren Deuten gelbliche und sonstige Vergünstigungen anbieten, damit sie leichter über das von den Unternehmern bereitete Ungemach hinwegkommen.

Dieser außergewöhnliche Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist natürlich nur in bedingtem Sinne zu Ende. Als ganz beendet wird man ihn erst anerkennen können, wenn der neue Schiedsspruch vorliegt. Und dann wird sich auch treffender als heute sagen lassen, welche Seite dabei mehr gewonnen oder mehr verloren hat. Immerhin, das eine haben die Unternehmer erreicht: der verhasste Schiedsspruch vom 26. Oktober ist wieder beseitigt. Der beabsichtigte Schlag ist ihnen also gelungen. Wieviel ihnen daraus materieller Gewinn blüht, werden die nächsten Wochen zeigen. Und welche Folgen dies für das ganze Schlichtungswesen wie für die Schlichterpraxis hat, wird die Zukunft lehren. Daran werden nützliche Fingerzeige für die Änderung der Schlichtungsordnung sprichzen.

Doch ist das nicht alles. Aus diesem großen Konflikt ergeben sich gewichtige Lehren für die Unternehmer, noch mehr aber für die organisierten sowie nichtorganisierten Arbeiter und besonders auch für deren politischen Vertretung der Sozialdemokratischen Partei. Wir für unsern Teil werden es nicht unterlassen, uns mit diesen Lehren zu befassen. Das wird freilich erst dann mit der gebührenden Gründlichkeit geschehen können, wenn der neue Schiedsspruch und das Urteil des Reichsarbeitsgerichtes über den alten vorliegen.

Die Entschließung Die Tagung des Erweiterten Beirats in Essen

Am 2. Dezember 1928 wurde der Erweiterte Beirat nach Essen berufen, um zur Aussperrung in der nordwestlichen Eisenindustrie, insbesondere zu der von der Regierung eingeleiteten Vermittlung Stellung zu nehmen.

Der Verbandsvorsitzende Reichel beehrte bei der Eröffnung die Tagung als eine der wichtigsten in der Verbandsgeschichte.

Der Verbandsvorsitzende Brandes gab zunächst einen kurzen Bericht über den Stand des Werftarbeiterstreiks und behandelte darauf die von der Reichsregierung eingeleitete Vermittlung sowie deren Begleitumstände. Die Ausführungen des Kollegen Brandes gingen von der Tatsache aus, daß der DMB während der ganzen Dauer der Aussperrung den Standpunkt hochgehalten und vertreten hat, daß ein für verbindlich erklärter Schiedsspruch unter allen Umständen eingehalten werden muß. Diese Stellungnahme stützt gleichzeitig die Staatsautorität.

Die Regierungsvermittlung läßt diese Tatsache außer Betracht; der vorgelegene Vermittler kann den Schiedsspruch bestätigen, er kann ihn auch außer Kraft setzen. Das ist ein Eingriff in die Schlichtungsordnung. Der Rechtsstandpunkt wird verlassen und der Vorstand erblickt darin eine große Gefahr für das künftige Rechtsleben.

Für den DMB entstand die Frage, ob der derzeitige Standpunkt beibehalten werden soll. Weil das Vorgehen der Regierung ohne vorherige Fühlungnahme mit den Gewerkschaften erfolgte, war die Entscheidung schwer. Die Arbeitgeber hatten zu der Vermittlung ihre Zustimmung gegeben und die am Kampf beteiligten anderen Organisationen, der Christliche Metallarbeiterverband und der Hirsch-Dundersche Verband hatten zu erkennen gegeben, daß sie diese Art der Beilegung des Kampfes für tragbar hielten.

Als Vermittler hat die Regierung den Reichsinnenminister Severing vorgeschlagen. Dies erschrökte die Entscheidung des DMB noch mehr, denn zu Severing haben die Verbandsmitglieder volles Vertrauen und seine Ablehnung mußte als Mißachtung angesehen werden.

Die Zustimmung zu dieser Vermittlung bedeutet ein Abweichen von unserm seitherigen Standpunkt. Eine Ablehnung würde aber in der Öffentlichkeit nicht verstanden werden, da sie sich gleichzeitig gegen einen früheren Kollegen richtet, der unsere Sympatie und unser Vertrauen besitzt. Der Redner schlägt vor, die Zustimmung zu geben und damit gewissermaßen „das kleinere Übel zu wählen“. Zur Begründung jagt der Redner: Angegriffen und angegriffen haben die Unternehmer. Ihr Kampf ist zunächst gescheitert, wenn sie Severings Entschluß anerkennen. Bei einer Ablehnung ist die Möglichkeit eines Chaos in nahe Sicht gerückt, namentlich wenn die Verjüngung der Rechtsparteien, den Aussperrten die Unterstützung wesentlich zu kürzen oder ganz zu entziehen, zum Erfolg führen.

In der sich an die Ausführungen von Brandes anschließenden Aussprache erhält zunächst mit längerer Redezeit das Wort der Bezirksleiter für das Rhein-Ruhrgebiet.

Wolf (Essen): Wir haben von der Regierung seit vier Wochen gefordert, daß etwas geschehen muß zur Stützung der Staatsautorität, doch war dies nicht in dem Sinne des jetzigen Vorschlags gemeint. Dieser hat uns übertraht. Nach Lage der ganzen Sach-

sache wird uns keine Wahl bleiben, als zuzustimmen, die öffentliche Meinung wird eine Ablehnung nicht verstehen und nicht billigen.

An der Aussprache beteiligten sich 16 Beiratsmitglieder. Etwa die Hälfte der Redner ist für Ablehnung des Regierungsvorschlags im Hinblick auf die Gefahr für das Schlichtungswesen, die in einer Zustimmung für die Vermittlung auf dieser Grundlage liegt. Auch die übrigen Redner brachten erhebliche Bedenken gegen den Vorschlag der Regierung zum Ausdruck, sind jedoch im Hinblick auf die Begleitumstände und auf die Person des Vermittlers für Zustimmung.

In seinem Schlußwort behandelt Brandes die Einwände und Bedenken verschiedener Redner. Seine Ausführungen gipfeln in folgenden Sätzen: Wir müssen handeln, wie es die Taktik erfordert. Eine Ablehnung des Regierungsvorschlags würde die Schärfmacher im Unternehmerlager freuen, die mit einem Zusammenbruch und damit einer erheblichen Schwächung der Gewerkschaften rechnen. Es ist zuzugeben, daß das Schlichtungswesen einen schweren Schlag bekommt, aber wir können dies nicht verhindern. Die Schuld liegt nicht an uns. Wir können im Augenblick nur Verwahrung einlegen. Ein Ausnahmefall darf die in Aussicht genommene Art der Erledigung des Eisenkonflikts nicht werden. Es ist die Pflicht der Regierung und des Reichstages, für gleiches Recht zu sorgen. Die gegenwärtige Rechtsungleichheit muß beseitigt werden.

Die Arbeiter in der Schwerindustrie zischen aus der ganzen Angelegenheit hoffentlich die Lehre, daß sie zur Organisation kommen müssen. Der Redner hat folgende Entschließung vorgelegt:

Der Erweiterte Beirat erklärt nach eingehender Beratung der Aussperrung im Ruhrgebiet: Die Aussperrung ist von den Unternehmern unter absichtlicher Verletzung des geltenden Rechts vorgenommen; ist ein Kampf gegen die Schlichtungsordnung und ihre Anwendung durch die Regierung; ist ein Kampf gegen das Recht des Staates auf Beeinflussung der Wirtschaft. Daraus ergab sich für die Reichsregierung die Pflicht, dem Recht und dem Gesetz auch gegen die Unternehmer Geltung zu verschaffen zur künftigen Sicherung des geltenden Rechtslebens. Nicht nur um die im Schiedsspruch ausgesprochene Anerkennung hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband den angebotenen Kampf geführt, sondern zugleich um die Erhaltung dieses öffentlichen Rechtes. Um so mehr mußte seine Aufgabe von der Reichsregierung anerkannt und unterstützt werden.

Die von der Regierung jetzt unternommene Verständigungsaaktion kann als eine Unterföhung des Rechts nicht anerkannt werden. Für die sich notwendigerweise ergebenden Folgen für das ganze Rechtsleben lehnt der Deutsche Metallarbeiter-Verband die ganze Verantwortung ab.

Weil aber der Deutsche Metallarbeiter-Verband dem in Aussicht genommenen Vermittler, dem Reichsinnenminister Severing mit dem größten Vertrauen gegenübersteht, sieht er sich außerstande, die Vermittlungsaaktion abzulehnen. In dieser Zwangslage wird aber der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der materielle Inhalt des verbindlich erklärten Schiedsspruches erhalten bleibt.

Diese Entschließung wird mit 49 gegen 17 Stimmen angenommen.

Trost in Tränen?

Die Arbeitslosigkeit steigt wieder ins Riesenhafte. Schon Mitte November gab es über 800 000 Hauptunterstützungsempfänger und 100 000 aus der Krisenfürsorge Unterstützte. Also wenn man berücksichtigt, daß bei weitem nicht alle Arbeitslosen unterstützt werden, war schon damals die Million überschritten. Das gibt fürchterliche Aussichten für den Winter. Voriges Jahr war am 15. November die entsprechende Zahl nur 520 000 (diesmal 905 000) und doch erreichte sie im Januar 1 600 000. Sollte es diesmal ebenso kommen — und das ist keineswegs unwahrscheinlich, weil von überall abflauernde Geschäftsgänge gemeldet werden —, so hätten wir im kommenden Januar fast 3 Millionen Arbeitslose zu erwarten. Bisher war die höchste (statistisch erfaßte) Zahl 2 060 000 im Februar 1926.

Das war damals, unmittelbar nachdem die Rationalisierung zum erstenmal mit voller Wucht eingesetzt hatte. Aber wie ist uns denn? Hat man uns nicht damals, und seitdem immer wieder freigebigen Trost gespendet: das ist nur vorübergehend, ein kleiner Schönheitsfehler unserer geordneten kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der nur kurze Zeit währen kann? Denn — so sagte man uns auseinander — wohl macht die Rationalisierung mit ihren verbesserten Arbeitsweisen, ihrem steigenden Band usw. zu n ä c h s t i Arbeitskräfte überflüssig; aber bald wird sie die Verkaufspreise der Waren stark senken, dann werden um so viel mehr Menschen die Waren kaufen, der Absatz wird wachsen, demzufolge auch die Produktion, und dann werden mehr Arbeiter Beschäftigung finden als zuvor und die Entlassenen werden alle wieder eingestellt werden und werden noch nicht einmal ausreichen.

Das war das seltsame Zukunftsbild, das man uns damals — und seither noch oft — zum Lobe der kapitalistischen Rationalisierung entwarf. Was ist davon eingetroffen?

Wahr ist es, daß die Gesamtmasse der (von der Statistik erfaßten) Arbeitslosen in Deutschland bisher noch nie wieder so groß gewesen ist wie im Februar 1926. Sie betrug — in Tausend — im:

	1925/26	1926/27	1927/28	1928
September	252	1483	518	659
Oktober	259	1338	442 (7/10)	764
November	473	1317	521	905
Dezember	1068	1467	1002	
Januar	1764	1978	1599	
Februar	2058	1954	1506	
März	2017	1659	1413	

Dabei ist zu beachten, daß die Oktoberzahl 1928 den 31. Oktober bedeutet, während alle übrigen den Stand am 15. des jeweiligen Monats angeben. Mit anderen Worten: diesmal hat die Masse der Arbeitslosen in nur 14 Tagen um 141 000 oder beinahe 19 vH zugenommen! Vergleichlich war die vier Jahre. In den zwei Monaten vom 15. September bis 15. November hat sich diese Erwerbszahl 1925 fast verdoppelt. Aber das war, wie schon erwähnt, das Jahr, wo die Rationalisierung unvorbereitet wie ein heimtückisches Schicksal über uns hereinbrach. 1926 hat in den gleichen zwei Monaten die Masse der Arbeitslosen abgenommen, und 1927 ist sie unverändert geblieben, erreichte überdies nur eine halbe Million. 1928 dagegen ist sie in den entsprechenden zwei Monaten um mehr als 37 vH gewachsen und in die Nähe der Million gerückt. Soweit menschliche Voraussicht möglich, haben wir also diesmal wieder einen besonders schlimmen Winter zu erwarten.

Was sagt dazu der Bourgeois? Was hat er darauf zu erwidern, daß von seiner hoffnungsstrebenden Prophezeiung bisher nichts, aber auch rein gar nichts eingetroffen ist?

Er gerät nicht einen Augenblick in Verlegenheit. Im Gegenteil, er kriegt es fertig, aus diesen trostlosen Zahlen eine Bestätigung seiner Voraussage herauszuklauben. Man darf doch nicht vergessen, sagt er, daß jedes Jahr tausende von vielen neuen Arbeitskräfte in das arbeitsfähige Alter hineinwachsen. Vorläufig — bis sich die Geburtenminderung des Kriegsjahre bemerkbar macht — sind das rund 400 000 im Jahr. Und was ist daraus zu schließen? Ein Berliner Morgenblatt sagt wörtlich:

Wenn somit in den nächsten Monaten die Zahl der Erwerbslosen nicht ebenmäßig werden sollte wie im Februar 1926, so würde immer noch die Zahl der tatsächlich in der deutschen Wirtschaft Beschäftigten um mehr als eine Million größer sein als drei Jahre vorher.

Es würde reizvoll sein, die Zahlen näher zu untersuchen, denn dabei würde noch manches Erstaunliche an den Tag kommen. Jedoch selbst wenn wir sie als richtig hinnehmen, so erweist sich schon die Prophezeiung, mit der man dem deutschen Arbeiter Trost spendete, als — nun, seien wir höflich: als falsch. Denn das wachte man doch vor drei Jahren auch schon, daß jedes Jahr ein paar mal hunderttausend Erwerbsfähige hinzukommen. Übrigens scheiden ja auch jedes Jahr tausende viele durch Alter, Krankheit, Tod usw. aus. Die Prophezeiung aber lautet und und und: die Produktion wird, dank der Rationalisierung, so gewaltig zunehmen, daß alle jetzt Entlassenen wieder Beschäftigung finden und noch mehr dazu. Wenn man dabei wirklich die natürliche Zunahme der Erwerbsfähigen außer acht gelassen haben sollte, so wäre das ein Beweis mehr, daß es keine Prophezei, nur ein dummer Aberglaube ist, die Arbeiter für den Augenblick zu beschwichtigen. Aber es fehlen ja auch die Mittelglieder: von Verbilligung der Waren durch die Rationalisierung ist nichts zu merken — im Gegenteil, sie werden seit 1924 ununterbrochen teurer — und die Verbilligung sollte doch die Vorbedingung sein für Absatz- und Produktionssteigerung.

Die Sache hat aber noch mehr zu bedeuten, als nur den kläglichen Zusammenbruch des Produktionsmaßes, womit man die Arbeiter eingeschüchelt und hieners hin geschickt hat. Es es gerade 400 000 fast, um welche die Zahl der Arbeitenden jährlich wächst, macht wenig aus. Jedenfalls muß sie im Verlauf der natürlichen Entwicklung jedes Jahr steigen. Jeder solcher Zuwachs würde aber an sich ein Segen für die Menschheit und ein Fortschritt für den Kulturfortschritt sein. Denn je mehr Arbeitskräfte vorhanden sind, desto besser und planmäßiger kann man die Arbeit unter sie teilen, und desto erträglicher, produktiver kann denn die Arbeit werden. Versteht doch alle Zunahme der Produktionskraft — und damit alle Zunahme menschlicher Kultur, aller wirtschaftliche Fortschritt — als weitere Folge aller geistige und sittliche Fortschritt — schließlich auf dem Fortschritt der Arbeitsteilung, und dieser wiederum ist durchaus gebunden an die Erreichung der Zahl derjenigen, die planmäßig einander in die Hände arbeiten. Das ist der entscheidende Grund, weshalb der von den Bourgeois propagierte Sozialismus dem Kapitalismus weit überlegen sein wird: er wird die Arbeit aller Glieder eines Volkes, später die Arbeit aller getriebenen Völker planmäßig miteinander in Verbindung bringen. Jede neue Arbeitskraft, die hinzukommt und die schon vorhandene Zahl vermehrt, müßte demnach mit Freuden begrüßt werden. Der Kapitalismus aber weiß damit nichts anderes anzufangen, als sie zur Quelle der überhöhten Arbeitslosigkeit zu machen.

Schluß

Haniel schwimmt im Überfluß

„Das Geldverdienen ist in Deutschland noch nicht verboten.“ (Generaldirektor Reusch.)

Auf den ersten Blick zeigen die einzelnen Bilanzen des Haniel-Konzerns (eine Gesamtbilanz wurde bisher nicht vorgelegt), wie berechtigt das Misstrauen gegenüber den ewigen Klagen über die Notlage der Eisenindustrie ist, die wir aus Anlaß der Auslieferung wieder besonders laut zu hören bekommen. Man kann sich vorstellen, daß den Unternehmern der Nordwestgruppe die Veröffentlichung der Abschlußzahlen der Hanielbetriebe sehr unangenehm kam und ist auch zu dem Schluss berechtigt, daß innerhalb der Eisenindustrie die Lage sehr verschieden beurteilt wird. Sonst wäre es nicht gut möglich, daß hier Erhöhung der Dividenden, gesteigerte Umsatz- und Gewinnzahlen, fast verdreifachte Abschreibungen ausgewiesen werden, während dort die sattem bekannnten Klagen, daß die Eisenindustrie nicht leben und nicht sterben könne, immer und immer wiederkehren.

Gewachsen ist der Haniel-Konzern aus der Gutehoffnungshütte in Sterkrade, die im Jahre 1808 (Preußens „schwerster Zeit“) aus dem Besitz von Friedrich Krupp in den Haniel'schen Familienbesitz überging. Im Laufe von mehr als 125 Jahren ist diese Unternehmung zu einem weitverzweigten Industrief Konzern geworden, dessen Kernstück heute die Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb in Oberhausen ist, deren Sitz während des Ruhrkampfes unheiligen Angebots nach Nürnberg verlegt wurde. Heute bestehen Hüttenwerke außer in Oberhausen und Sterkrade in Osterfeld, Walsum, Gelsenkirchen und Schwerte. Die Eisenhütten sind in einer besonderen Aktiengesellschaft, der Gutehoffnungshütte Oberhausen AG, zusammengefaßt. Eisensteinbergbau wird in der Minegrube Steinberg bei Rümelingen in Lügde, der Grube Reichensgrube im Westerwald und der Rein- und Reichlandgrube im Dilgebirge betrieben. Haniel besitzt außerdem Kalkstein- und Dolomitbrüche sowie eine Reihe besonders wertvoller Beteiligungen. Hier ist in erster Linie die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg zu nennen, von der Haniel 90 vH des 20 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals besitzt. Diese Gesellschaft, die im Vorjahre keine Dividende verteilte und dies wieder einmal mit der angeblich unerträglichen Höhe der Soziallasten und Steuern begründete, schüttet jetzt 6 vH Dividende aus, erhöhte ihren Rohgewinn von 9,89 Millionen auf 12,24 Millionen und hat nach Verteilung der Dividende von 6 vH noch einen Betrag von 1,5 Millionen übrig, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Wenn hier von — was ohne weiteres möglich wäre — nochmals 6 vH, insgesamt also 12 vH ausgeschüttet würden, blieben immer noch über 300 000 M. übrig.

Weiter ist Haniel an der Deutschen West AG, und der Eisenbrüder Kupfer- und Drahtwerke AG, je zur Hälfte beteiligt, besitzt die Mehrheit der Maschinenfabrik Esslingen, hat vor wenigen Tagen unter Übernahme sämtlicher Betriebe der Firma Haniel & Lueg, Maschinenfabrik und Eisengießerei in Düsseldorf, an denen die Gutehoffnungshütte schon vorher maßgebend beteiligt war, in Düsseldorf eine Zweigniederlassung errichtet. Doch das ist noch lange nicht alles. Haniel besitzt weiter die Mehrheit der Eisenwerk Nürnberg AG, vormals J. Tafel & Co., sämtliche Anteile der Franz Haniel & Co. G. m. b. H. in Duisburg-Ruhrort, einer Gründung, in der die Kohlenhandelsbeteiligungen, die Rheinbreiterei und die Hafenanlagen zusammengefaßt sind. Auch bei der Sachthal-Draht- und Kabelwerke AG in Hannover, der Fritz Remmer AG in München, der Fahrradfabrik Joh. Keal in Augsburg, der Stiefens & Rölle G. m. b. H. in Essen ist der Haniel-Konzern beteiligt. Diese Liste kann auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen.

Der Konzern Gutehoffnungshütte allein beschäftigte nach dem jüngsten Geschäftsbericht am 30. Juni 1928 einschließlich der auswärtigen Aufstellungsarbeiten beschäftigten Leute 31 126 Arbeiter und Angestellte, das sind 409 Köpfe mehr als im Vorjahre. Die Belegschaft der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg stieg nach dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht von 13 900 im Vorjahre auf 15 200 bis zum 30. Juni 1928, also um 14 vH. Der Rohgewinn aber stieg um fast das Doppelte, um 25 vH. Bei der Gutehoffnungshütte stieg sogar bei einer um nur etwa 1 1/2 vH gewachsenen, also fast gleichbleibenden Belegschaft der Umsatz von 190,5 Millionen Mark im Vorjahre auf 206,8 Millionen Mark, also um 8 vH, die Rohleistungszugung stieg um 7,63 vH, die Rohleistungszugung um 9,35 vH, die Leistung der Walzwerke um 8,20 vH. Für

Abschreibungen wurden in der Hauptbilanz von Nürnberg 2,88 Millionen gegenüber 1,14 Millionen, also fast der dreifachen Betrag eingelegt.

Dadurch, daß der Rohgewinn fast dreimal so stark gestiegen ist als der Umsatz (der Rohgewinn stieg nämlich von 6,4 Millionen auf 8,23 Millionen, das sind 28 vH), wird klar ersichtlich, daß am Einzelumsatz ein höherer Verdienst als in den früheren Jahren erzielt worden ist. Die Gesellschaft gibt selbst an, daß beim Auslandsgeschäft wenigstens in der ersten Hälfte des Berichtsjahres nur außerordentlich niedrige Preise erzielt werden konnten, die stellenweise noch unter den Vorkriegspreisen lagen und weiter, daß den Rückhalt für die gute Beschäftigung in erster Linie der I n l a n d s markt gab. Hier haben wir es also schwarz auf weiß, daß uns von der Eisenindustrie auf dem Binnenmarkt übersteigerte Preise aufgezwungen werden. Man denkt aber nicht daran, die Arbeiterschaft an diesen Übergewinnen und Rationalisierungserfolgen teilnehmen zu lassen, bringt es vielmehr sogar noch fertig in diesen Berichten, die ein glänzend verlaufenes Geschäftsjahr abschließen, die deutlich die erhöhten Leistungen der Belegschaften wiederzuspiegeln, der Arbeiterschaft schallend Ohrfeigen zu verlegen.

Gleich einleitend heißt es im Bericht der Gutehoffnungshütte nach der Feststellung, daß das Berichtsjahr auf fast allen Gebieten befriedigende Beschäftigung brachte:

„Aber entspricht der Reinertrag nicht dieser regen Tätigkeit? Einleitend greift der Staat fortgesetzt in die natürliche Entwicklung zugunsten des an sich erwünschten sozialen Fortschritts (Sich machen an!) ein, ohne zu bedenken, daß nur eine ertragsfähige Wirtschaft in der Lage ist, steigende soziale Lasten und hohe Steuern zu tragen.“

Der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg ist diese Selbstberei annehmend selbst schon über. Im Vorjahre die Aufrechnung, daß gegenüber 1913/14 für Steuern und soziale Lasten eine Mehrausgabe erforderlich war, die einer Dividende von 15 vH gleichkommt, diesmal nur die Feststellung, daß trotz anhaltender guter Geschäftslage das Gewinnergebnis nicht mit dem gestiegenen Beschäftigungsgrad in Einklang stehe, „was mit Rücksicht auf die oft geschilderten verschiedenen Einwirkungen nicht zu verwundern ist.“

Auch wir sind der Meinung, daß diese „verschiedenen Einwirkungen“ schon zu oft geschildert sind, niemand glaubt mehr daran — vor allem solange nicht einwandfreie Zahlen vorgelegt werden und nicht wie hier wieder bei beiden Gesellschaften nur die Steuern und sozialen Lasten von den Unkosten besonders ausgewiesen werden.

Der Generaldirektor Reusch von der Gutehoffnungshütte hat im Sommer dieses Jahres auf einer Tagung des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen an Rhein und Ruhr (Langnamverein) ausgeführt, „daß dem in der Wirtschaft angelegten Kapital eine angemessene Rente zugebilligt werden müsse, da — vorläufig wenigstens — das Geldverdienen in Deutschland noch nicht verboten ist“. Zu solchen Sprüchen hat die Verwaltung der Gutehoffnungshütte am allerwenigsten Anlaß, ist sie doch eine der wenigen Gesellschaften, die bei der Umstellung auf Goldmark ihr Aktienkapital von 30 Millionen Mark nicht herabzusetzen brauchte, also, wie man so sagt, ihre Substanz erhalten konnte. Damit liegen auch die Vorteile offen zutage, die dieser Freie der Schwerindustrie aus der Geldentwertung zu ziehen wußte, während die Kleintentner enteignet und die Arbeiter mit Löhnen nach Hause geschickt wurden, die kaum für Salz und Brot reichten. Dieses hohe Aktienkapital hat die Gutehoffnungshütte dauernd und ständig steigend verzinzen können. 1925/26 gab es 5 vH, 1926/27 gab es 6 vH und für das Jahr 1927/28 gar 7 vH Dividende.

Es ist in der Tat ein starkes Stück, bei dieser Sachlage darüber zu klagen, daß „das Geldverdienen in Deutschland verboten werden soll“. Die Arbeiterschaft denkt jedenfalls nicht daran, bei dieser Lage der Hauptwerke des Haniel-Konzerns sich mit dem ihr zugedachten Dasein abzufinden. Beweisen doch die hier vorliegenden Zahlen und die von der Verwaltung selbst zugegebene Tatsache, daß sich auch das Auslandsgeschäft im zweiten Halbjahr gebessert hat, daß die vielumstrittene Lohnerhöhung auch von diesen maßgebenden Werken ohne Gefährdung der Rente mit Leichtigkeit getragen werden kann. Nach dem Sinne der Unternehmer allerdings wäre es, wenn der Arbeiterschaft „das Geldverdienen verboten“ werden könnte.

Julius Fries.

Die Wirtschaftskämpfe und die Börse

Wir haben in den letzten Wochen die größten Wirtschaftskämpfe erleben müssen, die je zwischen Kapital und Arbeit geführt wurden. Die Kämpfe in der Textilindustrie, der Riesenlampen der Bergarbeiterschaft und nicht zuletzt das große Ringen an der Ruhr sind Ereignisse von so großer Bedeutung, daß die gesamte deutsche Wirtschaft darunter leidet. Aber diese Kämpfe scheinen an der Börse spurlos vorüberzugehen. Der neueste Monatsbericht der Deutschen Bank enthält darüber folgendes: „Weder der... Arbeitslosigkeit in der nordwestdeutschen Eisenindustrie noch der innerpolitischen Konjunktur, der sich am den Weiterbau des Bauzentrums angelammelt hat, vermochte die Kaiserin zutage getretene Zerschlagung der Börse zu erschüttern. Es ist diesmal eine deutliche Kursentwicklung nach oben festzustellen...“ Nach den Berechnungen der Deutschen Bank betrug der Durchschnittssatz aller an der Börse Berlin notierten Aktien am 12. November 161,8 gegen 161,8 am 12. Oktober und 163 am 12. September. Größten war nun die drei Industriegruppen heraus, die die heftigsten Arbeitskämpfe aufwiesen, so bewegte sich deren Kurs am 2. und am 21. November 1928 folgendermaßen: **Stahl- und Eisenwerke** 99,3 und 107,5, **Stahl** 76 und 76,4, **Textil** 134,4 und 135,3. Der Aktienkurs ist also nicht nur insgesamt, sondern auch in den bejagten Industriezweigen gestiegen.

Ein deutlicher Beweis dafür, daß die Börse die Arbeitskämpfe weniger tragisch nimmt oder daß sich doch heftigen Wirtschaftskämpfe in den Börsenkursen keinen Niederschlag finden. Entweder heißt die Börse, daß die existenziellen Kämpfe recht bald wieder aufgehört werden oder sie rechnet mit einem erheblichen Aufschwung. Denn alles mit einer Erleichterung des Geldmarktes ist die Vorkonbewegung der letzten Wochen nicht zu erklären.

Stich der letzten Kinderzahl

Die konservativen Presse hat ununterbrochen gegen die Unterstützung der angestrebten Eisenarbeiter getobt. Es wurde geäußert, daß die Forderungen der Eisenarbeiter höhere Gehälter zu bewilligen, als sie an Arbeitslosen zu beanspruchen hätten. Man sprach davon, daß die Zahl dieser gutgestellten Angestellten 30 vH der Gesamtzahl ausmache. Die Regierung hat sich durch diesen Schwund ins Bodenlose jagen lassen und eine Ministerkonferenz nach dem Ruhrgebiet geschickt, um die Verhältnisse zu untersuchen. Aber das Ergebnis der Untersuchung ist wenig bekannt geworden. Nur hat die preussische Regierung sich gegen eine Verbilligung von Eisenprodukten ausgesprochen. Diese sind nur gegeben, wenn der Arbeiter eine ganz geringe Rente auf der anderen

Seite aber eine große Kinderzahl zu versorgen hat. Die Übersteigerung des Arbeitslohnes war jener nur dadurch möglich, wenn den öffentlichen Unterstützungsfähigen die gewerkschaftliche Unterstützung zugeführt wird. Wenn nun ein solch armer Teufel ein paar Pfennige mehr Unterstützung bekommt, als er Arbeitslohn bekommen würde, regt sich die ganze Meute der Kapitalistenpresse auf. Somit wird eine hohe Kinderzahl, die sonst als eine hohe Jugend bezeichnet wird, zum Glück. In Wirklichkeit richtet sich die Bege gegen die staatliche Unterstützung der Ausgepörrten überhaupt.

Zunahme der Arbeitslosen

Die erste Novemberhälfte hat eine starke Zunahme der Arbeitslosen gebracht. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist vom 1. bis 15. September von 671 000 auf 805 000 gestiegen. Das ist eine Steigerung von 20 vH. Die Steigerung betrug bei den männlichen Arbeitslosen 114 000 oder 22,1 vH, bei den weiblichen 20 000 oder 12,9 vH. In der Arbeiterunterstützung ist die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Berichtszeit von 93 000 auf 99 100 oder um 6,6 vH gestiegen. Damit hätten wir gegenwärtig in Deutschland 904 000 unterstützte Arbeitslose. Dazu kommen noch die Nichtunterstützten, deren Zahl man mit 200 000 bis 250 000 annehmen kann. Es wären somit rund 1 150 000 Arbeitslose vorhanden. Das ist eine außergewöhnlich hohe Zahl. Die rasche Verbilligung des Arbeitsmarktes ist auf die Einstellung der Augenarbeiten, vor allem in der Landwirtschaft, im Berg- und anderen jahreszeitlichen Gewerben zurückzuführen. Auch die Arbeitskämpfe in Deutschland und bei den Werken haben nicht unwesentlich zu dieser Mehrung der Arbeitslosen beigetragen. Die Verbilligung der Arbeitslosigkeit wird sich noch fortsetzen. Für viele deutsche Arbeiterfamilien kündigt sich ein schlechtes Weihnachtsfest an.

Verwöhnte Aktionäre

Die Aktionäre der Firma Schubert & Salzer erhalten ein neues Bezugsrecht, das 9 bis 10 vH wert ist. Diese Gläubiger erhielten in diesem Jahre bereits folgende Zuwendungen: 16 vH Dividende und ein Bezugsrecht auf neue Aktien 4:1, das zwischen 25 und 27 vH wertete. Somit wände das Unternehmen seinen Aktionären im Laufe des Jahres rund 50 vH zu. Dazu kamen andere Vorteile, wie der Umtausch der Genussscheine in Stammaktien, die Verbilligung der Zulassung der jungen Aktien, die Einführung in den Terminverkehr usw. Trotzdem beschwerte sich die Handelspresse, daß diese Zuwendungen keinen Eindruck hinterließen. Wir wundern uns nicht darüber. Die Aktionäre von Schubert & Salzer sind ja verwöhnt, daß sie alles das für selbstverständlich halten.

Technik und Werkstatt

Fräsen oder Stoßen?

Von F. Loggen, Bremen

Die Fräsmaschine mit dem Fräszeug nimmt heute in der Metallbearbeitung einen bedeutenden Platz ein. Die Vorzüge des FräSENS gegenüber dem Hobeln und Stoßen bestehen nicht nur im Vorfall des Beerrücklaufs, sondern der Fräser hat auch die günstige Eigenschaft, stets reines Material anzugreifen; dann teilt er sich in seiner Arbeit, da die Schneiden nicht fortlaufend arbeiten. Infolgedessen sind Schnittgeschwindigkeit und Stärke auch entsprechend größer als bei den anderen zwei Bearbeitungsarten.

Große Vorteile werden besonders beim Fräsen eines Profils erzielt; desgleichen in der Gegenüberstellung von vielen Dreharbeiten. Man denke an das Rundfräsen von Handrädern, das

und g mit der Spindel h und den Fräsern l. Den Arbeitswiderstand halten zwei Längslager auf. Die Naderispindeln sind außen durch Muten und Scheiben gegen Verdrehung gesichert. Je nach Bedarf kann das Gehäuse lang und das Triebwerk mit mehreren Stirnrädern f zwischengeschaltet sein. Auch kann dieser sowie andere hier aufgeführte Apparate auf der Drehbank angebracht werden, indem das Gehäuse bei F mit einem Flansch versehen und vor einem auf

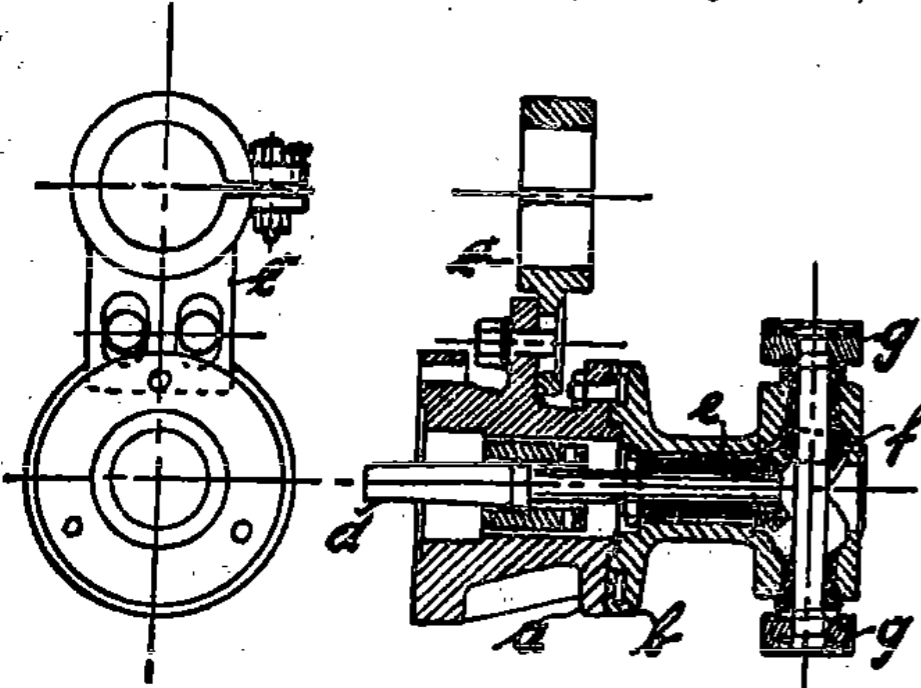
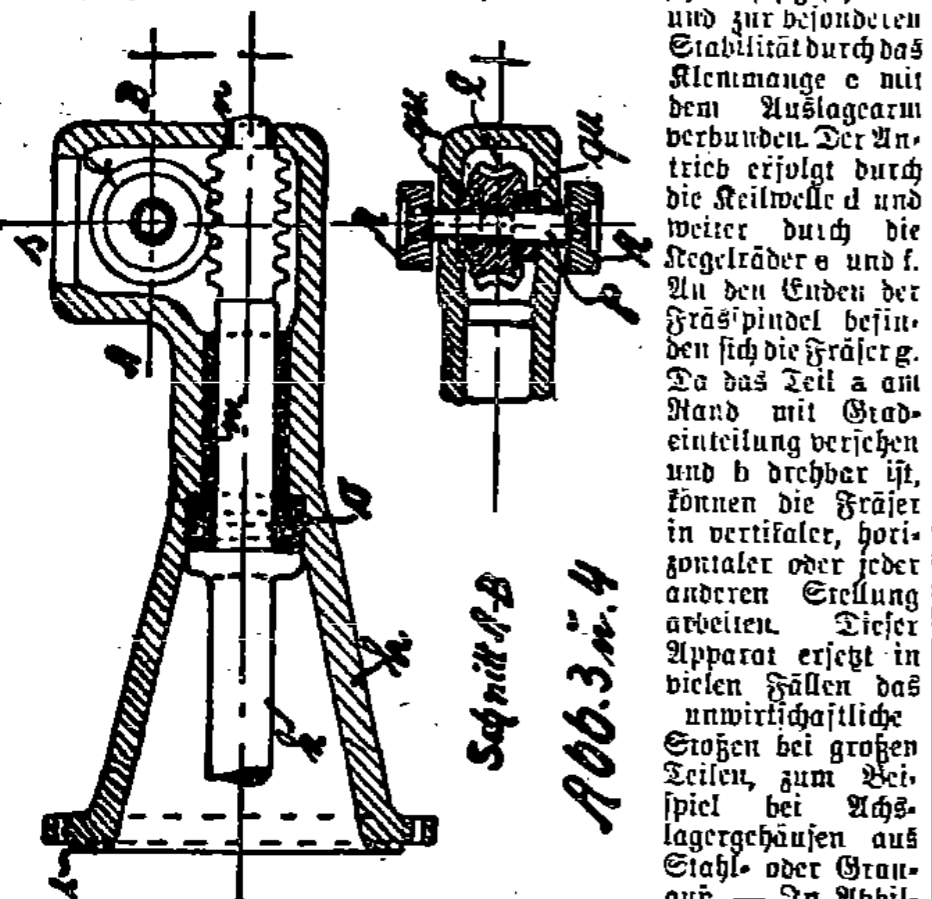


Abb. 1 u. 2

Fräsen von Gewindestpindel und vieles mehr. Hervorragende Leistungen auf diesem Gebiete wurden durch Ziehmaschinen und Räummaschinen erzielt, die Stoßmaschinen besonders durch Vollprofil-ahlen verdrängen.

Im nachstehenden soll an einigen Beispielen erläutert werden, wie mit geeigneten Apparaten auch dort, wo anscheinend Stoßen erforderlich ist, durch Fräsen innerer Flächen bedeutende Vorteile und Zeitgewinne erzielt werden können.

Abbildung 1 und 2 stellen einen Innenfräsapparat dar, der für große Teile Verwendung finden kann. Die Hauptteile sind die Stahlgußgehäuse a und b. Teil a ist an der Maschine festgedrahtet und zur besonderen Stabilität durch das Abmengen c mit dem Auslagearm verbunden. Der Antrieb erfolgt durch die Keilwelle d und weiter durch die Kegeltäder e und f.



Schnitt A-B
Abb. 3 u. 4

sehen wir eine Ausführung, wie sie für engere Stücke in Frage kommen kann. Das Stahlgußgehäuse b ist mit der betreffenden Maschine verschraubt und bei i zentriert. Ferner besteht sie aus der Schneckenwelle k, dem Schneckenrad l, dem mit Nuten versehenen Nutgüßbüchsen m und n mit Längslager (Drucklager) o; weiterhin aus der in Nutgüßbüchsen gelagerten Schneckenradwelle p und den beiden Längslagern qu. Beiderseitig auf der Schneckenradwelle sind die Fräser r. Zum Einbauen des Schneckenrades ist bei s eine Öffnung, die gegen Eindringen von Spänen usw. mit einem Blechdeckel verriegelt wird.

Die Bewegung erfolgt mittels des durch die Hohlspindel im Konus der Hauptspindelbohrung befestigten Konusstückes der Schneckenwelle k. Um einen einwandfreien Längslagerdruck zu erzielen, muß die Länge bis zum Bund genau angepaßt werden. k treibt nun durch seine Schneide das aufgeschraubte Rad l mit samt r. Das Schneckenrad sowie die Lagerbüchsen der Welle p sind aus guter schmiedbarer Bronze hergestellt.

Abbildung 5 zeigt uns die Konstruktion eines Apparates, der für nur eine Innenfläche Verwendung findet. Die Hauptteile sind das Gehäuse t mit dem einliegenden und stark verschraubten Deckel v, der in einer Nutgüßbüchse gelagerten Antriebswelle w, den beiden Kegeltädern x, der mit einem Längslager versehenen Spindel y mit dem Fräser z. In der Zeichnung ist alles näher zu erkennen.

Abbildung 6 und 7 ist ein zweiflächiger Innenfräsapparat starker Bauart. Das Gehäuse a mit Deckel b ist Stahlguß und ist bei X um die äußere Spindel einer schweren Bohr- oder Vertikalmaschine. Die Antriebswelle ist mit dem Kegeltad e verbunden. Dieses treibt das Kegeltad d mit Stirntad e in Bewegung und weiter l

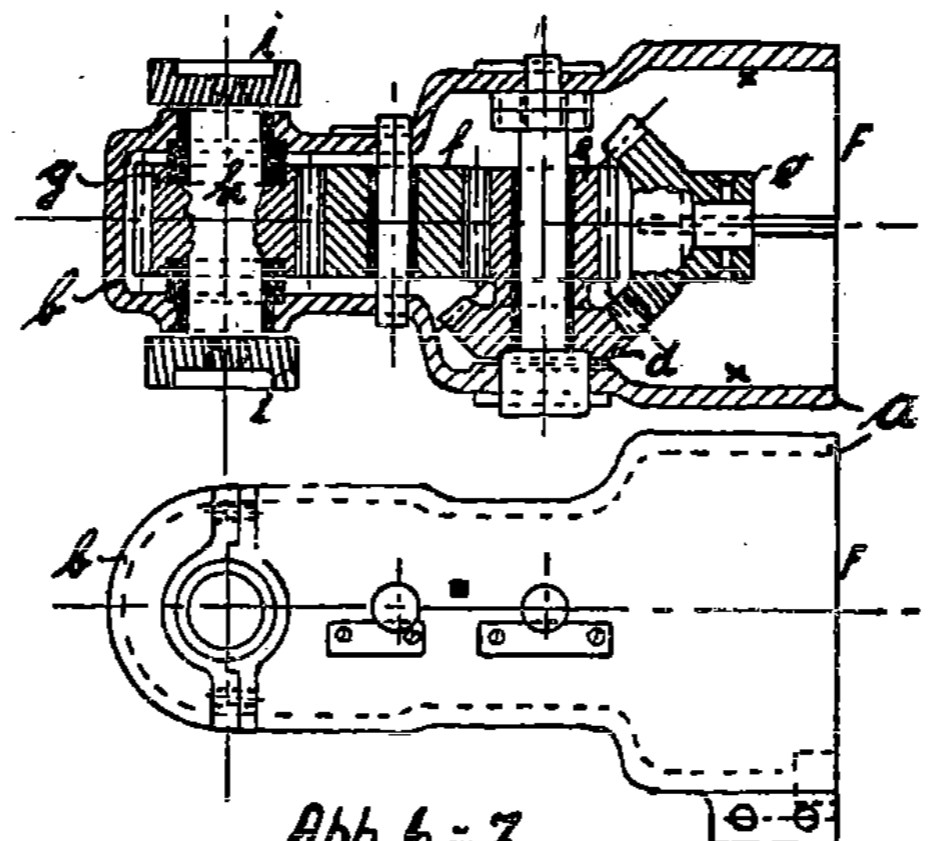


Abb. 6 u. 7

das Drehbankbett gespannten Winkel befestigt wird. Das Arbeitsstück liegt nun der Höhe entsprechend auf dem Supportunterteil.

Am Auslagearm einer Fräsmaschine ist der zur Innenbearbeitung für kleine Teile geeignete Fräsapparat nach Abbildung 8 angebracht. In Gang gesetzt wird er durch einen in der Hauptspindelbohrung befestigten Konusdorn, der am äußeren Ende mit einer Vierkannmuffe zur Minnahme des mit einem Vierkant versehenen, nach außen vorstehenden ersten Naderbolzen bei l dient. Durch die in einem geschlossenen Gehäuse k montierten Stirnrädern werden die beiden Fräser, welche bei l außen sitzen, getrieben. Der Vorschub wird durch Handhebel ausgeführt und das Ausmessen der Arbeitsstücke in einer Spannvorrichtung geschieht während des ununterbrochenen Laufes der Maschine.

Die Abbildung 9 und 10 stellt einen Fräsapparat dar, der für drei im Winkel von 90 Grad zueinander liegenden Innenflächen benutzt werden kann. Gehäuse m und Deckel n sind Stahlguß. Ersteres ist bei I zur Befestigung an die Antriebsmaschine geeignet ausgebaut. Die Kraftübertragung erfolgt von der Hauptspindel aus auf Kegeltad o und dann Kegeltad p mit Stirntad qu, weiter auf die Stirnräder r, s und t. Letzteres treibt u mit dem seitlichen Rad v und weiter w. Dieses treibt Spindel x mit dem bei v aufgeschraubten Fräser in Tätigkeit, desgleichen die beiden in der Zeichnung sichtbaren Kegeltäder y und z sowie zwei winklig in diese zwischen einem Kugellager und Längslagern montierten Nadern. Die außerhalb des Gehäuses

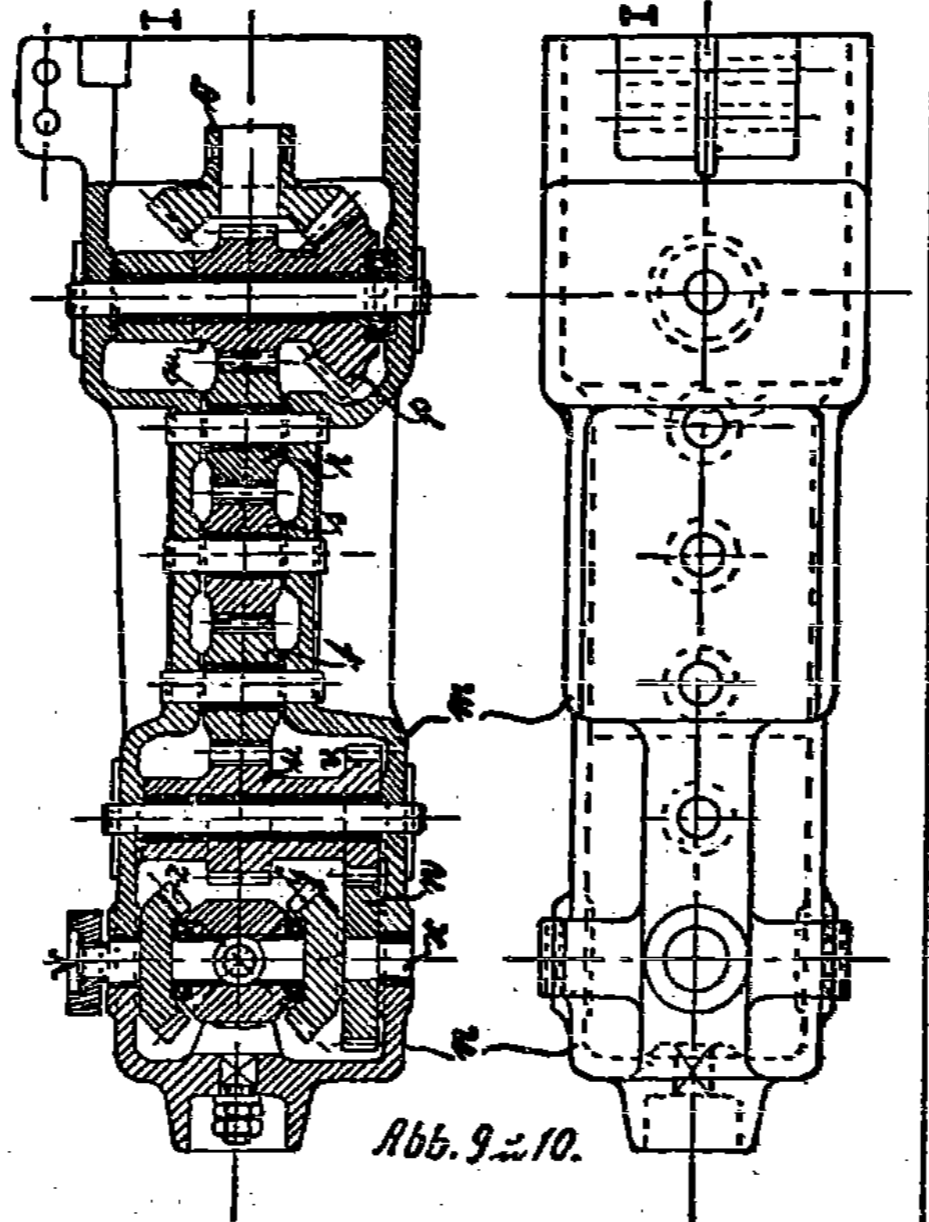


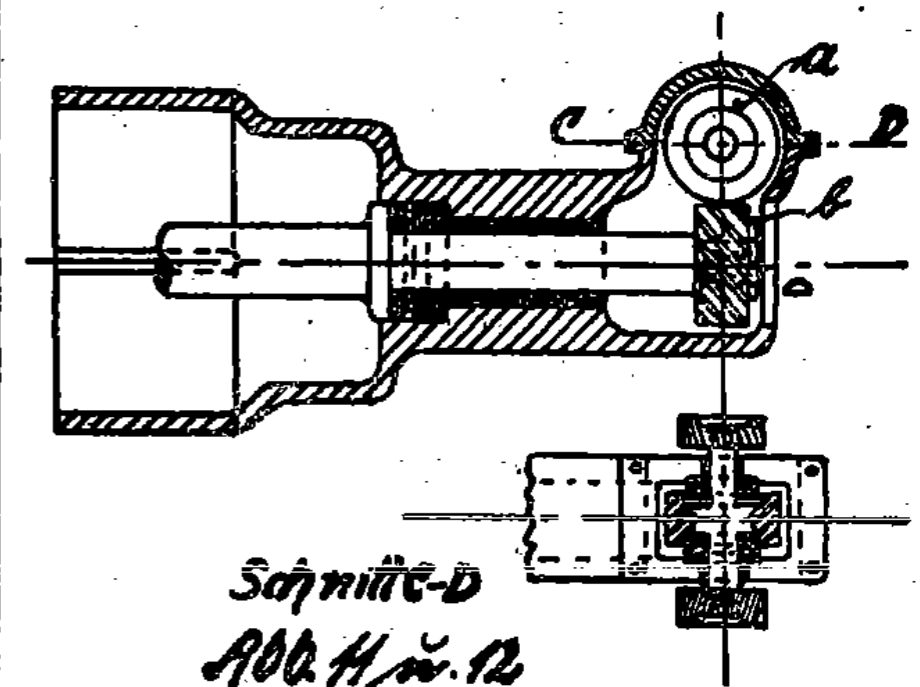
Abb. 9 u. 10

stehenden Gewindestäben sind mit Fräsern versehen, die entsprechend links- und rechts-drehend ausgeführt sind.

Zum Schluß sei noch eine andere Konstruktion (Abbildung 11 und 12) beschrieben. Diese ist ähnlich der in Abb. 3 und 4, jedoch anstatt Schnecke und Schneckenrad laufen hier zwei im Winkel stehende Schraubentäder a und b ineinander. Diese sichern einen besonders

ruhigen Lauf; ein Rad ist aus schmiedbarer Bronze, das andere aus Stahl hergestellt. Die Einbaulöffnung bei Δ ist mit einem Blechdeckel verriegelt.

Der Bau dieser Apparate erfordert anfangs einige Erfahrungen. Die Leistung ist 5- bis 12mal mehr als beim Stoßen. Ungenauigkeiten



Schnitt C-D
Abb. 11 u. 12

durch Abdrücken der Stähle kommen außer Frage. Die Bauart richtet sich nach den zweckmäßigsten verfügbaren Maschinen und zu bearbeitenden Stücken. Es ist für eine gute Schmierung Sorge zu tragen.

Etwas vom gebrauchten Motorrad

Ein sachkundiger Kollege schreibt uns:

Das Jahr 1928 brachte eine starke Produktionssteigerung der Kraftfahrzeugindustrie. Die Produktion wurde gegen das Vorjahr verdreifacht und es gab Firmen, die zeitweise nicht in der Lage waren, allen Bestellungen sofort nachzukommen. Die Steigerung in Produktion und Umsatz ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Grenze für steuerfreie Motorräder auf 200 ccm Zylinderinhalt heraufgesetzt wurde. Daß mit dem großen Umsatz auch ein außerordentlich gutes Geschäft verbunden war, steht bei der hohen Preislage der Motorräder außer jedem Zweifel.

Die Arbeiterschaft, die immerhin schon einen großen Teil der Kraftabnehmer ausmacht, ist nur unter großen Opfern in der Lage, sich das Geld für die Anschaffung eines Motorrades zusammenzusparen. Es werden daher oft gebrauchte Motorräder angeschafft. Gerade den Arbeiter, der nur geringe Mittel zur Verfügung hat, lockt oft das günstige Angebot eines gebrauchten Rades. Doch ist äußerster Vorsicht und genaues Prüfen einer solchen Maschine angebracht. Das auf den ersten Blick ganz gut aussehende Gefährt zeigt bald seine wahre Seite und heult und klappert, daß der zuerst glückliche Besitzer es mit der Angst befohnen und gezwungen ist, sein Rad in eine Reparaturwerkstatt zu geben. Die Kosten der Reparatur übersteigen meist den Kaufpreis und sind somit für einen Arbeiter unerträglich. Damit ist für den Besitzer die Freude am eigenen Motorrad schnell zum Teufel.

Damit soll aber nicht gänzlich vom Kauf gebrauchter Motorräder abgeraten werden. Es gibt auch benutzte Räder, die durchaus brauchbar und preiswert sind. Dann heißt es aber trotzdem, das Motorrad sehr genau prüfen. Etwasige Mängel sind beim Kauf zu berücksichtigen. In Frage kommen jedoch nur kleine Mängel, denen leicht abzuhelfen ist. Siehen größere Reparaturen in Aussicht, dann soll man lieber die Finger ganz davon lassen. Man kaufe im besonderen keine zu alte Maschinen. Diese alten Räder sind in Konstruktion und Bedienung für heutige Verhältnisse überholt und äußerst unpraktisch. Sie haben auch einen Brennstoffverbrauch, der ungeheuer ist und in keinem normalen Verhältnis zur Arbeitsleistung steht.

Man beachte folgendes beim Kauf eines alten Motorrades: Der Rahmen muß stabil und zifreist sein. Der Motor darf beim Lauf kein Klappendes Geräusch verursachen und muß zwangsläufig gesteuerte Ventile besitzen. In den verschiedenen Lagern darf kein Klappern vorhanden sein. Die Kupplung soll gut fassen und nicht durchrutschen. Das Getriebe darf nicht heulen und die Maschine soll möglichst mit Innenbackenbremsen versehen sein.

Es gibt außer diesen Hauptpunkten noch andere Dinge, die bei gebrauchten Rädern zu berücksichtigen sind; doch würde es zu weit führen, hier auf alles genau einzugehen. Am besten ist es, wenn man in seinem Bekanntenkreis einen Autohändler hat, der die Maschine gründlich unterzucht. Dann ist auch beim Kauf eines gebrauchten Motorrades Garantie dafür vorhanden, daß es seinem Besitzer Freude macht und nicht zu einer Quelle des Argers und großer Unkosten wird. Georg Boose.

Das Handwerk in der Sprache

Im Zeitalter der Maschine hat diese begreiflicherweise auch die Sprache beeinflusst und bereichert. Wenn wir zum Beispiel ausdrücken wollen, daß ein Betrieb im Gange ist, sagen wir: die Maschine läuft, oft auch mit dem Zusatz: wie geschmiert. Dieser Vergleich war aber von jeher im Gebrauch, er ist nur auf die Maschine übertragen worden vom Wagenrad. Also steht hinter der anscheinend neuzeitlichen Redensart das Handwerk. Dieses hat unsere Sprache in einem Maße bereichert, dessen wir uns wohl nur selten bewußt werden. Sprechen wir von einem ungeheuren Menschen, so denken wir kaum an den Tischler oder den Zimmermann, der uns ja auch gelehrt hat, über die Schnur zu hauen. Nehmen wir jemand in die Zange, so ahnen wir den Schuier nach; wir geben aber irre mit der gleichbedeutenden Redensart: einen in die Kloppe kriegen. Dieses Wort ist nicht von Klopfen abgeleitet, sondern sollte eigentlich „Kluppe“ lauten, von Klöben, das heißt spalten; Kluppe oder Klöben hieß das gespaltene Holz, in dem sich die Vögel fangen sollten; 1502 wird in einem Gutachten über die Leipziger Universität der bedauert, der den Fakultäten in die Kluppe kommt. Welcher Gedanke leucht heute den oder die Fäppl, mit der man den gesponnenen Faden von den Spulen windet, und das heißt: er Auswendiggelerntes herunter. Im Elß heißt haiseln geschwind, überstürzt arbeiten, aber auch reden, haislerei schnelles Reden. Man kann auch im Schrijdeutschen ein Gespräch anspinnen, noch geläufiger ist uns: eine Unterhaltung, ein Verhältnis spinnt sich an. Demselben Handwerk ist auch anzuteilen zu verdanken: Zettel oder Anzettel heißt das zu einem Gewebe in die Länge aufgespannte Garn, der Anzettel, die Kette am Webstuhl. Während anspinnen auf etwas Feines und daher Heimliches hindeutet, wohnt dem Anzettel der Rebenbegriff des Vielfältigen inne, da das Stammwort, mhd. und mundartlich zerten, den Sinn hat: austreten, ausbreiten; verjettelt bedeutet in kleinen Teilen auseinanderstreuen und so verlieren. Ein ganz anderes verjettelt aber in der Verlehnssprache, (die) Wörter eines Buches auf Zettel schreiben, leitet sich von dem Schwort Zettel her, mittelateinisch cedula, lateinisch schedula, Papierblättern. E. W.



Familie und Heim



In der Ehe

Die Eheheftung gilt als heilige Handlung, damit gilt auch die Ehe als heilig. „Die Ehen werden im Himmel geschlossen“ — darum sind sie dann für die einen die Versorgungsanstalt, für andere bedeutet der „heilige Stand der Ehe“ die Sklaventete, die von Jahr zu Jahr mehr Glieder umfaßt und das „göttliche“ Geschöpf Weiß gar oft zum Lasttier macht! Es ist nun einmal Tatsache, daß vom „Ebenbilde Gottes“ nicht viel übrig bleibt, wenn wir mit offenen Augen durch die Welt gehen. Womit begründet die Kirche ihr „Recht“ gegenüber der Ehe? Sie hält sich für die alleinige Trägerin der wahren Sittlichkeit, den Leib berachtet sie; er ist ihr nur das sündige Gefäß, das der liebe Gott am besten gar nicht hätte machen sollen. Sie selbst hält die Kirche natürlich für „gottgewollt“, für unantastbar. Sie predigt Selbstaufopferung, Demut, Stillesein. Sie ist etwas so Lebensverneinendes, daß wir als Lebensbejaher doch gar nicht anders können, als uns gegen ihren Einfluß wehren. Wie kommt die Kirche dazu, daß sie behauptet, ihre Lehren seien die einzig unerläßlichen zur Führung eines Ehestandes? Wie jede Einrichtung, so ist auch die Kirche auf Menschen angewiesen, die aus ihrer Menschlichkeit natürlich auch nicht heraus können.

Die Kirche ist ein Apparat, der von Jahrhundert zu Jahrhundert immer morischer geworden ist. Selbst Luther zerbrach dieses: Immer heiratete, tut gut; wer nicht heiratet, tut besser! Und zwar heiratete er weder standesamtlich (das gab es auch noch nicht), er heiratete aber auch nicht kirchlich, sondern rein gewissensfrei. Die evangelische Geistlichkeit weiß recht wohl, warum sie Luthers Einführung der Katharina v. Böhra aus dem Nonnenkloster mit einem durchaus christlichen Mantelchen umgibt. Der junge Luther wird ja wohl nicht aufs Geratewohl ins Kloster hineingegriffen haben! Die evangelische Geistlichkeit legt aber sein den Finger auf den Mund. Wer sich von Luthers Eheauffassung überzeugen will, der lese seinen „Sermon vom ehelichen Stande“, 1519, und den vom Jahre 1522 vom „ehelichen Leben“. Ich sehe die vornehmen Damen ordentlich beben vor Zorn, daß bestimmte Bücher nicht mehr wie im Mittelalter an Ketten hinter Mauern angehängt sind, nur für die „Gebildeten“. Dieser Luther hat ja die Doppelheute gutgeheißen, weil in der Bibel nichts wider sie gesagt wird. Er gestand der Frau sogar zu, wenn sie sich in der Ehe nicht befriedigt fühle, anderswo der „Natur Genüge“ zu tun.

Wir halten natürlich Luther nicht für maßgebend in dieser Sache. Wir wollen nur gerecht sein, wir wollen nur der bürgerlich-kirchlichen Gesellschaft zeigen, daß wir nach ihren sittlichen Grundgesetzen suchen. Wo gibt es aber eine Lösung? Wo ist sittlicher Halt zu suchen? Ja der Selbstverantwortung, in dem Bewußtsein, so zu handeln, wie wir es vor uns und unseren Brüdern und Schwestern verantworten können.

Wir halten natürlich Luther nicht für maßgebend in dieser Sache. Wir wollen nur gerecht sein, wir wollen nur der bürgerlich-kirchlichen Gesellschaft zeigen, daß wir nach ihren sittlichen Grundgesetzen suchen. Wo gibt es aber eine Lösung? Wo ist sittlicher Halt zu suchen? Ja der Selbstverantwortung, in dem Bewußtsein, so zu handeln, wie wir es vor uns und unseren Brüdern und Schwestern verantworten können.

„Ja, höre ich jetzt sagen, du predigst wohl die „freie Liebe“ oder kommst mit „Kameradschafts“?“
 Ach, es geht viel weniger um die Form, als immer gefürchtet wird. Die Form ist ja nur das Äußere, das Kleid. Auf die Form an sich können wir zwar noch nicht verzichten; aber den Inhalt, den Gehalt, und selbst in unserer Persönlichkeit, uns müssen wir anders ausfüllen. Ach, innerhalb der Form ist ja die Ehe so erstickt, so zumammengedrückt, so verummert, sie ist zu etwas Unlebendigem geworden — und wir dürfen gar nicht mal behaupten, daß sie in dieser Art je etwas Lebendiges war! Von Volkstümlichkeit weiß man ja verhältnismäßig wenig, um so mehr von Fürstentum: wurden die nicht immer um so glücklicher hingestellt, je unglücklicher sie waren? Wenn wir schon das Wort heilig gebrauchen, alle diese Ehen waren im höchsten Maße unheilig, trotz Kirchensegnen und Fürstentönen.

Ehe ist nichts Heiliges um der Form willen, die die Kirche gibt, und nichts Unheiliges, wenn auf diese Form verzichtet wird. Die sogenannten christlichen Ehen haben ihre Unheiligkeit gerade genug bewiesen. Die Kirche hat sich ja nicht nur auf die Form beschränkt, sie hat ja das ganze Familienleben durchdringt! Durchsieht hat sie das ganze Familienleben mit ihrem Verstandeslichter der Eltern vor den Kindern; sie hat die Eltern zu Unwahrscheinlichkeiten gezwungen um der „Sittlichkeit“ willen; sie hat die Kinder zu Unwahrscheinlichkeiten gegenüber den Eltern gezwungen, wenn sie in ihrem Jugendstadium nicht mußten, wofür mit ihrem Körper! Wo wittern die kirchlichen Spürnasen nicht überall Unheiligkeiten?
 Welche unauwärdige Stellung nimmt die Frau ein in der sogenannten christlichen Ehe! „Er soll dein Herr sein!“ O, wie würdevoll wird in den christlichen Ehen dies genommen! Der Mann ist der Herr, die Frau ist die Magd. Gehorsam muß sie sein ihrem Mann in jeder Weise; und tren, tren auch ohne Überzeugung. Wehe, wenn sie es auch nur wagte, einen Seitenblick zu tun, das ist sofort ein Hehltritt. Der „christliche“ Mann aber? Der „darf“ natürlich. Bei ihm ist das durchaus „natürlich“ und also auch verzeihlich. Deswegen standen ihm ja auch bis vor Jahresfrist jene Fenster offen, wo das hässlich war, was er bei seiner Frau nicht „in geringem Maße“ haben konnte. Und sehr viele Frauen fanden diese „doppelte Moral“ durchaus in der Ordnung! Vor zwei Jahren sagte mir eine führende bürgerliche Frau, damals war das Gesetz noch in Vorbereitung, ganz empört, wie wir uns das wohl dachten, ob wir uns auf der Straße von den Männern aufpassen lassen wollten. Aber sie hatten nicht nur Angst um die Bürgerlichkeit, sie wußten auch, daß der Staat nun eine sehr gute Voraussetzung los werde, denn die Bordkuratinnen mußten ganz gehörig Steuern zahlen.

Was man solche Ehe für sich ansehe, in der dem einen Teil mehr Rechte zuteilen als dem andern? Hat die Kirche je versucht, der Frau die Gleichberechtigung zuzusprechen? Aber wenn man sie jetzt reden hört, dann sind natürlich alle Verbesserungen auf jeden einzelnen Schritt auf ihre Zeit zurückzuführen. Auf der einen Seite kriecht alles in Moral und wenn man hinter die Kulissen geht, dann geht man die Heuchelei, das Pharisäertum. Es ist zum Überdauern.
 Von Feindschaft und allem Modernen wollen Kirche und ihre Diener nichts wissen; sie ist unantastbar gerichtet. Darum predigt sie ja auch von den Engeln herab. Seht dem Kaiser, was des Kaisers ist, der heiligeliebten Kaiserin, der Kaiserin und den Fürstentönen, die sich so verdienstlich um Heimatland und Staat haben! Das sollte keine Sozialistinnen vergessen.
 Wie schwer ist den Eheleuten, die nicht zusammenpassen, das Scheidungsrecht gemäß zusammenzuführen wird, daß, und

wenn es zehnmal für die Eheleute eine Höllequal ist, zusammen weiterleben müssen sie! Zwar hat sich die evangelische Kirche jetzt auf ihrem Kongress entschlossen, der Einschaltung des Zerrüttungsprinzips im BGB beizustimmen. Sie gesteht selbst, daß sie nur keinen andern Ausweg weiß. Haben wir doch bis zum heutigen Tag immer noch nur das sogenannte Schuldbüchlein, die §§ 1565 bis 1569 BGB, nach denen der eine Ehegatte dem andern erst eine Schuld, Ehebruch, Lebensabdröhung oder Geisteskrankheit nachweisen muß. Daß es auch eine Seelenschuld gibt, daß man sich auseinanderleben kann, daß sich unüberwindlicher Ekel einstellen kann, zumal wenn die Ehe übereilig geschlossen ist, davon wollen diese Halbgotter nichts wissen.

Ob aber nun die jetzige Form der Ehe die immer gültige ist, das kann noch nicht entschieden werden. Es ist alles in der Entwicklung und ich glaube, wir stehen inmitten ganz großer Entwicklungen. Wir sagen nicht: zurück zur Familie, sondern, um es mal in Form zu bringen: die Familie vorwärts! Die Kinder gehören nicht dem lieben Gott, sondern uns, der Gesellschaft! Unsere Sinne sind keine Sünde, unser Leib kein sündiges Gefäß! Wir haben noch keine Endgültigkeit, darum vorwärts! Wir wollen kein besseres Jenseits, wir wollen ein besseres Diesseits!
 Hildegard K.

Frauen und Arbeitskämpfe

Wagt es sich schon in verhältnismäßig ruhigen Zeitaltern behaupten, daß die Politik nicht erst ins Haus hineingetragen zu werden braucht, sondern schon darin ist, weil sie mit jeder Bohnentüte oder Rente und Unterstützung, mit jedem Einkaufsloos zu teurer Lebensmittel, mit jeder Metabrechnung hineinkommt, so muß jetzt erst recht auch von der unpolitischsten Frau eingesehen werden, daß sie die Politik im Hause hat in Gestalt ihres ausgesperrten Mannes. Wer auf die Neben der Frauen in Geschäften und Straßenbahnen, Hochschulräumern und nachbarschaftlichem Plausch hört, der merkt, daß die Frauen jetzt wieder ausgerüstet sind, über die Ereignisse zu sprechen. Auch die gleichgültigsten Ehefrauen müssen sich jetzt Gedanken machen, wie es gekommen ist, wie es aussehen wird und was für Lehren für die Zukunft zu ziehen sind. Sie begreifen, daß die Arbeiterkämpfe, die gemeinsam von der Ausperrung betroffen sind, auch solidarisch gegen das Unternehmertum zu stehen hat.

Von den tapferen Kameradinnen ausgesperrter freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter kann bei richtiger Benutzung der gegenwärtigen größeren Bereitschaft der Frauen, wirtschaftspolitisch sich anzuklären, viel geleistet werden, im Hause, im Laden, in Versammlungen. Sie deren politische Einsicht es ihnen ermöglicht, den Kopf oben zu behalten, Klassenbewußt und kampfbereit zu bleiben, bilden eine Stütze für die vielen unzufriedenen Frauen, die verweisen wollen über demagogischen Heberten in die Hände fallen, bald hier, bald dort hin treiben, zuletzt selbst nicht mehr wissen, was sie glauben sollen. Diesen Frauen müssen wir zeigen, daß es sich hier nicht um unauwärdige, unheilvolle, schändliche Fragen handelt, sondern um Wirtschaftskämpfe, die aus der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung entspringen. Sie müssen aufgeklärt werden über das Grundgesetz dieses Kampfes, damit sie nicht wie die Kinder nach glücklicher überstandener Gewitter später wieder alles vergessen und in den Tag hinein leben, sondern Zusammenhänge, die sie einmal richtig begriffen haben, fürs Leben behalten.

Das ist die Aufgabe der Klassenbewußten, freigewerkschaftlich denkenden Arbeiterfrau, die rechtzeitig eingesehen hat, daß man auf manche Kleinigkeit, die einem vorübergehenden Freude macht, wohl verzichten kann, um den Vertandsbeitrag ohne Brummen abzuführen, das ist ihre Aufgabe außerhalb ihres Heims. In ihrem Heim selbst aber kann sie der gute Geist sein, der ihrem Manne die Freude am Leben erhält, die ihn, wenn er selbst mühsam und hoffnungslos werden möchte, zu vernünftiger Tätigkeit anhält, dazu gehört die Benutzung der unzureichlichen Freizeit zur Vertiefung der allgemeinen und gesellschaftswissenschaftlichen Bildung. Nicht als ob die Frau nicht selbst schon schwer bedrückt sein könnte. Gerade sie ist es, die mit der kleinen Summe Wirtschaftselb ihre Lieben satt machen muß und zu rechnen hat, wie sie das Wenige, das nun noch geringer ist, möglichst vorteilhaft anwenden kann. Es ist kein Wunder, wenn manche Frau den Kopf sinken lassen möchte, unpolitisch und nervös wird. Wenn behalten heißt es auch für sie. Und alles, was uns nun so schwerfällt, solange wir es allein und als persönliches Gefühl tragen, ist leichter, wenn wir es als Klassenarbeit erkennen, die zu heben wir uns gemeinschaftlich verbinden gegen den gemeinschaftlichen Feind. Das läßt den Einzelnen über kein Verlangen weit hinauswachen und Kräfte betätigen, die ihm aus der Gegenwart, aus dem Gefühl der Solidarität wunderbar zufließen, so daß selbst die, die als leise Blätter drüben treiben, es sehen, welchen Halt die Kameradschaft gibt. Davon ihren Mitschwester etwas mitzuteilen, ist das Gebot der Stunde, damit das unklare und widerprüchliche: „Du“ und „Herrchen“ der Frauen über die wirtschaftspolitische Lage verstimmt und klarmacht gibt der Loren Parole: „Kamrad, geh auch in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!“
 Paula Kurgaß.

Schwindel der Zeitschriften-Versicherungen

Die große Anstrengung von Zeitschriftenversicherungen, wie „Volks-Zeitung“, „Sport und Gesundheit“ und wie sie sonst alle heißen, ist ja einer Landplage geworden. Unzählige Agenten laufen unsere Arbeiterkreise besonders in den Sommermonaten auf, wenn die Kollegen an ihrer Arbeitsstelle sind, um Abonnementverträge abzuschließen. Die Agenten sind ihnen durch ihre Überredungskunst, die Frauen ohne Kenntnis des Mannes zur Unterfertigung zu bewegen. Erst viel später, namentlich dann, wenn sie die Versicherungsbedingungen durchlesen, müssen die Hausfrauen feststellen, daß sie ihr Geld praktisch für einen fragwürdigen Versicherungsbeitrag ausgeben. Wenn das nächste Mal die Seite nicht abgenommen werden, jagt es zuerst Wohnungen von der Prägung, dann Drohbriefe eines Kriminalmagistrats und dann folgt ein Zahlungsbefehl. Wird dagegen sofort Einspruch erhoben, erhebt natürlich eine Verurteilung.

Es hat langem sind die meisten Urteile zugunsten der Versicherer ausgefallen. Erst in letzter Zeit ist es gelungen, diese Verträge auf Grund der Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches als nichtig zu erklären. Die Reichs-Gewerbe-Ordnung sagt in ihrem § 36 Ziff. 3 Abs. 12, daß der Betrieb von Druckereien im Umherziehen unter gleichzeitiger Zuführung von Frauen und Kindern (was auch Verleiher und Einleger gehören) verboten ist. Da alle diese Verträge gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen, sind sie nach § 134 des BGB nichtig.

Die Amtsgerichte in Berlin, Potsdam, Düsseldorf und viele andere haben die Nichtigkeit dieser Verträge bestätigt. Davon ersieht sich, daß eine Kündigung von Zeitschriftenversicherungen nicht unannehmlich ist. Wir möchten daher allen Kollegen raten, wenn sie eine bestimmte Zeitschrift einmal gemacht haben, die Weiterzahlung der

Seite abzulehnen und sich auf die vorgenannten Urteile und Gesetze bestimmen zu berufen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir darauf hinweisen, daß der Gewerkschaftskongress in Breslau im Jahre 1925 sowie der Gewerkschaftskongress in Hamburg 1928 Beschlüsse gefaßt haben, in denen die Arbeiterkassen ermächtigt, keine Versicherungsabläufe bei privaten kapitalistischen Versicherungsgesellschaften vorzunehmen, sondern für den Abschluß von Versicherungsverträgen die eigenen Einrichtungen, nämlich die „Volkshilfe“ für den Todes- und Lebensfall und für die Sachversicherung die „Eigenhilfe“ zu benutzen. Jede Versicherungsgesellschaft, die Gründungen der Arbeiterkassen zum Ziel gesetzt haben, einen wirklichen Versicherungsschutz zum Selbstkostenpreis zu bieten. Auch auf dem Versicherungsmarkt muß es für die organisierte Arbeiterkassen heißen: keinen Fernzug in privaten kapitalistischen Versicherungsgesellschaften. Alle Abläufe sind bei unseren eigenen Unternehmungen vorzunehmen, das sind die „Volkshilfe“ und die „Eigenhilfe“.

Nähere Auskünfte erteilen der Vorstand in Hamburg 5, Nr. 10, der Afd. 58/59, die Gewerkschaftsbüros, die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften, die örtlichen Rechnungsstellen sowie die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Volkshilfe. Paul Sellath

Das schaffende Kind und sein Spielzeug

Es ist wohl nicht ohne Zusammenhang mit der Art modernen Arbeitslebens, daß wir so wenig Verständnis für den Spielfinn des Kindes besitzen. So sind wir zur Weihnachtszeit so oft noch einseitig bestrebt, dem Kinde nur fertige Spiele zu schenken, Gegenstände, die in der Fabrik vollständig hergestellt wurden und mit denen das Kind seine Zeit dann vertreiben soll. Doch solche Fertigfabrikate, die von den Erwachsenen, den Arbeitern in der Fabrik hergestellt wurden, bieten dem Kinde nicht die volle Befriedigung. Das Kind kann sie nur so benutzen, wie sie sind. Das Kind muß die Arbeit von anderen als gegeben hinnehmen und es kann nichts selber ändern. Es kann solche Gegenstände nicht bilden und sein Form- und Gestaltungsdrang findet deshalb bei solchen Spielen keine Befriedigung. Was bleibt dem Kinde da anders übrig, als zu versuchen, das Spielzeug einmal zu öffnen, es zu zerstören, einmal nachzusehen, was denn eigentlich da drinnen ist. Ja, oft hat das Kind dann an dem zerstörten Spielzeug, an den Teilen mehr Freude als an dem fertigen Gegenstände, da es mit diesen Teilen doch schaffen, wirken, bilden kann.

Das Kind hat noch nicht unter dem Mechanismus zu leiden, der das Arbeitsleben da draußen heute charakterisiert. Dem Kinde sind Spiel und Arbeit eins und dem Kinde ist es Bedürfnis, im Spiele zu schaffen. Der Erwachsene hat gewiß bei dieser kapitalistischen Gestaltung des Arbeitslebens oft seine Freude, wenn er das Werk überstanden hat. Das Kind aber ist mit seiner Seele beim Werk und seine liebenden Wangen lassen uns oft erkennen, mit welchem Eifer das Kind bei seiner Arbeit, ja Arbeit ist.

Vergeht darum die „Koststoffe“ nicht auf dem Weihnachtsfest. Das Kind hat sie nötig und sie sind billig. Etwas Holz, Papier, was läßt sich damit alles schaffen! Und wenn das Mädchen dann noch aus Mottens Filz eine Sammlung ein paar Lappen hat, wie läßt sich da die Phantasie befriedigen! Die dem gefunden Drange des Kindes kommt ja auch die Spielwarenindustrie bereits entgegen.

Alle die Herrschaften für teures Geld in den Schaufenstern, diese Spielwaren modernen Progenitus lassen das Kind des schlichten Volkes gewiß zuerst staunen, und schließlich wird es die Sachen an. Doch wie würde das Kind mit solchen Gegenständen auf die Dauer voll befriedigt sein. Oder das Kind ist bereits innerlich abgetrieben, wie die Kultur, in der es oft aufwächst.

Daß das Kind noch solche Freude an sich findenden Spielen hat, zeigt, daß der Sinn für Arbeit noch nicht im Menschen erstickt ist. Er ist das Wesen des Menschen und es ist ein großer menschlicher Kulturdienst, die Ordnung des Lebens zu schaffen, in der auch für uns Ältere die Arbeit Spiel ist, wie das Spiel unseres Kindes Arbeit bedeutet.

Sozialistische Jugendchriften als Weihnachtsgeschenke

Alle sozialistischen Erzieher sind seit langen Jahren bestrebt, Kindern und Jugendlichen einwandfreie sozialistische Literatur in die Hand zu geben. Aber ist die Zahl der ausgearbeiteten sozialistischen Schriften für Kinder und Jugendliche noch außerordentlich gering. Infolgedessen ist es notwendig, auf die bürgerlichen Jugendbücher zurückzugreifen. In der Zeit der Jugendchriften ist es dem verantwortungsbewussten Erzieher jedoch unmöglich, sich ohne einen Führer zurechtzufinden.

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit ist darum seit Jahren bemüht, aus der auf dem Markt befindlichen Jugendliteratur eine Auswahl zu empfehlen, die unserer Weltanschauung nicht widerspricht und literarisch und pädagogisch einwandfrei ist.

In diesem Jahre ist eine umfangreiche Prüfung der gesamten auf dem Markt befindlichen Jugendliteratur eingeleitet worden. Um bereits jetzt unseren Eltern und anderen Kreisen, die zum bevorstehenden Weihnachtsfest dem empfehlenswerten Brauch, gute Bücher zu schenken, folgen wollen, als Berater zu dienen, ist auf vielfachen dringenden Wunsch ein Vorverzeichnis empfehlenswerter Jugendbücher unter dem Titel „Das gute Kinder- und Jugendbuch“ erschienen. Auf etwa 80 Seiten sind in übersichtlicher Weise, nach Altersstufen und Sachgebieten geordnet, die guten Bücher, soweit sie bis zum Alter von 18 Jahren in Frage kommen, zusammengestellt. Eine kurze Charakteristik und Inhaltsangabe unterrichten über Wert und Inhalt des Buches. Im Zusammenhang mit einer Einführung in das Jugendchriftenwesen, Winken für die Eltern und genaue Gebrauchsanleitung gibt das Verzeichnis Auskunft über Verlag, Erscheinungsjahr, Preis und Ausstattung der aufgeführten Bücher nicht notwendigermaßen technischen Erläuterungen. Ein Verzeichnis der sozialistischen Volksbuchhandlungen und ein Nachschlageregister machen das Buch zu einem unentbehrlichen Handbuch für Eltern, Lehrer, Jugendämter und andere mit Erziehungsfragen betrauten Stellen.

Das Vorverzeichnis ist zum Preise von 40 Pf durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Frauenschulung

Vom 1. März bis 30. Juni 1929 findet im Volkshochschulheim Schloß Sachenburg ein Lehrgang für Mädchen und Frauen statt. Zu viel höherem Maße als früher bedarf die Frau zur Lösung ihrer vielfachen Lebensaufgaben einer umfassenden und gründlichen geistlichen Vorbereitung. Solche Lebensaufgaben sind in erster Linie die Fragen der persönlichen Lebensgestaltung, der Ehe und Mutter-schaft und der Erziehung. Darüber hinaus aber auch die verschiedenartigen Möglichkeiten der Mitwirkung an den Aufgaben und Bewegungen unseres öffentlichen Lebens. Das ist der Stoff unserer Unterrichts.

Seine Behandlung setzt keinerlei Vorbildung außer der der Volksschule voraus und erfolgt, soweit möglich, in freier, gegen-sätzlicher Ansprache. Jedes Mädchen und jede Frau im Alter von 20 bis 30 Jahren, die den Ernst dieser Fragen empfinden, sind herzlich zu dieser gemeinsamen Arbeit eingeladen.

Der Kurs erfordert ein Schulgeld von 40 Tagesverdiensten des Dieners, wofür auch Wohnung sowie ausreichende Verpflegung für die vier Monate gewährt werden. Auskunft und Prospekt durch das Volkshochschulheim Schloß Sachenburg, Post Frankfurt a. M.

Zwei Tage eines Vertrauensmannes

Vertrauensmann werden ist nicht schwer, Vertrauensmann sein dagegen sehr! Die Wahrheit dieser Worte ist unbestreitbar. Der Vertrauensmann im Betriebe ist nicht nur die Spitze, gegen die die Verhandlungen der Vereinigungen und Anschauungen anführen, sondern auch die lebende Ausrufung, von der man verlangt, daß sie alles wissen muß.

Beides sollten unsere Vertrauensleute deshalb besitzen. Ein festes Fundament unter den Füßen und die Fähigkeit, allen an sie herangetretenen Wünschen nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Das Fundament ist Überzeugungstreue und die Fähigkeit, Bescheid wissen in allen Lebensfragen. Wie notwendig das ist, hat die Praxis bewiesen. Der Vertrauensmann soll seine Mitkollegen an geistiger Regsamkeit und Solidaritätsgefühl überragen. Er soll sie verstehen und auf ihre Sorgen und Nöte einzugehen wissen. Das kann er aber nur, wenn er die notwendigen Vorbereitungen dazu besitzt: Überzeugungstreue und Wissen!

Überzeugungstreue ist schon vorhanden, aber Wissen ist teuer. Woher holt er sich das? Nachfolgend zwei kurze Tage aus der Tätigkeit eines solchen Vertrauensmannes. „Was“ von ihm verlangt wird und „wie“ er den Anforderungen gerecht wird.

Montags im Betrieb. Mittagspause. Vertrauensmann Jakob hat seine Maschine abgestellt und geht zum Esstisch. „Einige Minuten Ausspannung“, denkt er, „dann wieder ran.“ Seine Kollegen Adolf, Josef und Ernst lassen sich neben ihm nieder.

„Sag, Jakob“, hebt Josef an, „du weißt, daß es mir hier nicht mehr gefällt. Ich will ins Ausland. Nach Amerika oder Australien. Englisch kann ich. Gib mir bitte einen Rat, an wen ich mich wenden soll!“

„Weiß schon, daß du Auswanderungsgelüste hast. Geh nach Feierabend ins Verbandsbüro und bitte um schriftlichen Antrag beim Landesarbeitsamt. Die werden dir dann schon eine Auskunft geben. Basse dich vorher auf keine andere Vermittlung ein!“

„Mein Junge kommt Ostern aus der Schule“, sagt Ernst, „ich möchte ihn gerne einem Mechaniker in die Lehre geben.“

„Daß ihn vorher ärztlich untersuchen, Ernst, ob er auch für diesen Beruf tauglich ist. Geh dann mit ihm zur Berufsberatungsfelle im Arbeitsamt. Bevor du aber den Lehrvertrag unterzeichnest, lege ihn vorher zur Vorprüfung auf dem Verbandsbüro vor!“

„Und ich, Jakob, möchte gerne wissen, wie das ist mit den Arbeitsämtern bei Streiks und Aussperrungen.“

Jakob langt eine Broschüre vom Regal und reicht sie dem Fragesteller Adolf.

„Hier lies in Wortes Schlüsselbuch von Friedrich Klees über „Arbeitsvermittlung und Berufsberatung“. Seite 27 durch, dann wirst du Bescheid wissen. Ich bekomme sonst nicht meine Stullen runter.“

Adolf liest interessiert. In der Tür erscheint das suchende Gesicht des Kollegen Fritz.

„Ah, Jakob, dich suche ich sehr. Ich habe eine kleine Frage. Sei bitte nicht böse und höre zu. Wir zahlen doch immer die Arbeitslosenversicherung, nicht wahr? Mein Schwager ist arbeitslos geworden. Wie lange dauert nun die Anwartschaft auf Unterstützung? Wie lange währt die Unterstützung? Wie ist das mit der Krückerfürsorge? Wie ist das mit der Invalidenversicherung Arbeitsloser? Gibt es auch Kurzarbeiterunterstützung? Wer bringt die Mittel für diese Unterstützungen auf?“

„Junge, halt ein, dir schlägt sonst die Zunge doppelt. Ich habe auch jetzt Mittagspause! Warum gehst du nicht zum Verbandsbüro?“

„Ah, was, immer zum Büro! Warum bist du denn unser Vertrauensmann?“

„Nun, Junge, nicht murren. Nimm dir mal da oben die Broschüre 8 von meinem Regal, Ratgeber für die Arbeitslosenversicherung“, und lies die rot angezeichneten Stellen durch, dann ist dein Wissensdurst gestillt.“

„Danke dir, alter Brummbar!“

„O weh, Jakob hat schlechte Laune und ich müßte noch etwas unbedeutend von ihm wissen!“

„Was gibts denn?!!“

„Mein Bruder hat eine Werkwohnung und ist über die Miete in Streitigkeiten gekommen. Er will beim Arbeitsgericht klagen, weiß jedoch nicht, ob das Verfahren auch den Bedürfnissen der Arbeitnehmer angepaßt ist. Wie ist eigentlich der Gang des Verfahrens? Können Lehrlingsstreitigkeiten auch vor ihm geschlichtet werden?“

„Sei ruhig, Junge. Für dich habe ich auch noch Rat. Vielmehr einen Ratgeber. Nimm dir dort oben das Heft 9, „Das Arbeitsgericht“, aus dem Schrank. Schläge Seite 11, 23 und 25 auf und du weißt, was du wissen willst.“

„Tut mir leid — — —! Die Fabrikdirekteur Vertrauensmann Jakob rafft seine Hefte zusammen. Das Stullenpapier in den Rock.“

„Danke auch, Jakob, für deine Freundlichkeit!“

„Ist nichts, Jungens, dafür bin ich ja unser Vertrauensmann!“

„Essst du denn?!!“

„Was?!!“

„Was?!!“

„Was?!!“

„Was?!!“

„Was?!!“

„Was?!!“

„Was?!!“

„Was?!!“

„Was?!!“

„Was?!!“

„Was?!!“

„Was?!!“

„Was?!!“

Reisebilder aus Südfrankreich

Von Paul Saaje

(Schluß)

Monte Carlo

Das Kasino Monte Carlo liegt auf einer Anhöhe, raffiniert angelegt, denn alle Verkehrsstraßen führen am Kasino vorbei. Man verlangt von uns den Auslandspaß und 10 Francs Eintritt. Das Kasino ist ein schloßartiger Bau, beim Eintreten gelangt man zuerst



Die Spielhölle

in den großen Saal, in dem nachts die kostspieligen Bälle einer ausschweifenden, zahlungsfähigen Cliquen stattfinden. Ein Teil des Saales ist mit Sesseln, angeordnet wie im Theater, besetzt. Hier tagt das monacoer Scheinparlament.

Der zweite Teil des Kasinos ist die Spielbank. Der mächtige kreisförmig gebaute Saal birgt 12 Roulette und 5 Spielische für Bakarat, ein Glücksspiel mit Karten, während bei der Roulette die Kugel rollt und beim Auslauf in farbige und nummerierte Fächer fällt. Die Spieler — eigentlich ist es falsch, von Spielern zu sprechen, auf den Bänken sitzen in der Mehrzahl Frauen, alte und junge — setzen auf Nummern, Farben und Bante. Farbe ist schwarz und rot. Hat jemand auf Farbe gewonnen, so bekommt er den doppelten Betrag. Bei Zahlen geht es bis zum 36fachen und bei Bante ist man mit dem 9- bis 18fachen Betrag beteiligt. Die Chancen sind gering, meist tragen die vier Angestellten die Platten für den auf einem erhöhten Stuhle sitzenden Bankhalter zusammen. 10 Franc ist das wenigste, was gesetzt werden darf, in der Höhe gibt es keine Begrenzung und ich sah vierstellige Perlmutterplatten als Wertschild für die Summe von 10 000 Francs. Beim Spiel herrscht Totenstille. Alle Spielische waren bis auf den letzten Platz besetzt, in zweifacher Reihe wurde er noch unstanden, obwohl die eigentliche monacoer Saison beendet war. Die Gesichter der Spieler, besonders aber der Spielerinnen glühen dunkelrot und die Augen stehen in seltsamem Glanz. Ruhig werden die größten Verluste ertragen und ein Treffer



Roulette

erregt sie nicht im geringsten. Nur jene, die am Ende sind, verraten sich durch große Unruhe, sie werden auch bald von den Kennern und extra dazu Beauftragten mit Beslag belegt. Es ist eine Fabel, von einem besonderen Selbstmörderfriedhof in Monaco zu sprechen, gewiß kommen manche Selbstmorde vor, dann wird aber großes Schicksal bewahrt, die Kasinoverwaltung bezahlt in aller Ruhe alle Schulden, läßt die Leiche bestatten und wenn irgendwas in der Welt Angehörige sind, werden sie von dem Unglück in aller Form benachrichtigt.

Am Eingang zum großen Spielhause ist eine Sammelbüchse aufgestellt, in die der glückliche Gewinner sein Scherflein für die Armen verzeichnen soll. Glückliche Gewinner scheint es nie zu geben, denn im Opferlohl sind nie Gaben zu finden. Das Ergebnis eines Jahres war einmal 4 Francs, 2 Knöpfe und 1 Puderquaste.

Die Spielbank, die allerlei Zeremonien unterworfen ist und auf deren Einhaltung streng gewacht wird, bringt dem Fürsten von Monaco eine ganze Stange Geld ein und ermöglicht, daß die Bürger ohne Steuer im Staate leben können. Das Museum gilt als Feigen-

„Ah sooo — — — nun weiß ich auch, woher du die Fähigkeit hast, in jeder Lage die richtige Antwort zu geben“, sagte ich, „wo hast du die her?“

„Schreibe an den Verlag Friedrich A. Wobbel in Leipzig C 1, Blumenstraße 18, Junge, und verlange ein kostenloses Verlagsverzeichnis über die Wobbelschen Schlüsselbücher. Sie sind billig und gut. Willst du was wissen über die Arbeitsvermittlung, die Berufsberatung, das Arbeitsgericht, das für uns besonders wichtig ist, über die Arbeitslosenversicherung, den gesetzlichen Mutterschutz, die Mutterschaftsfürsorge und noch vieles mehr, so suchst du alles darin. Besonders wertvoll ist die Angabe der betreffenden Gesetzparagrafen. Da es mir schon oft passiert ist, daß man mich fragte: „Wo steht denn das alles, was Sie da sagen?“ kam mir das sehr gelegen. Mein Lieber, das finden Sie dort und dort in dem und dem Gesetzheft und klar ausgebrüllt!“

Vertrauensmann werden ist nicht schwer, Vertrauensmann sein dagegen sehr!

Der Versicherte und seine Krankenkasse

Einem großen Teil der deutschen Arbeiter geht es mit den sozialen Versicherungsanstalten der heutigen Zeit so ähnlich, wie es manchmal draben, alten Ehepaar mit seiner besseren Hälfte geht. Solange man sie nicht hatte, riß man sich ein Bein danach aus, konnte vor lauter Schreck nicht schlafen und führte wilde Kämpfe um ihren Besitz. Jetzt aber, nach einigen Jahrzehnten guten Zusammenlebens, ist sie zu einem Gegenstand des täglichen Umganges geworden und man sieht scharfer die Mängel, die ihr anhaften, weniger aber ihren Wert.

So beginnt Fritz Friede eine Abhandlung über die Krankenkasse in den Vierteljahrsheften der Berliner Gewerkschaftsschule. Er trifft damit den Nagel auf den Kopf. Wenn man den Vergleich noch weiter fortzuführen will, so wäre zu bedenken, daß erfahrungsgemäß eine Frau, die man vernachlässigt und ewig anspannt, dadurch in der Regel nicht jünger, leistungsfähiger und liebenswürdiger wird. So dürften auch die Funktionäre und Angestellten

blatt, es bringt finanziell nichts ein, aber es klingt besser, nach Monaco ins Ozeanographische Museum zu reisen und nur so nebenher die Spielhölle mit zu besuchen.

Nizza

Einen besonderen Reiz bietet eine Fahrt über die Grand Corniche nach Nizza. Man fährt am Strande bis Mentone, eine Stadt nahe der italienischen Grenze mit deutlich italienischem Charakter, dann windet sich der Wagen hinauf in die Seealpen, auf deren Grat und Felsen die Grand Corniche in 1600 Meter Höhe führt. Gleich hat man den Blick auf das Meer, drunter liegt Monaco, hübschenförmig um die Bucht gebaut, wenige armelige Ortsteile werden durchfahren und nach 2 1/2 stündiger Fahrt fällt die Straße wieder steil ab und wir landen in Nizza. Die Vororte schmüßig, einige pompös überladene bessere Häuser und der typisch französische Betrieb auf dem Boulevard Victorie. Diese Hauptverkehrsstraße mit hohen finsternen Bäumen bietet im Sonnenbrand einen guten Aufenthalt, der auch reichlich ausgenutzt wird. Der Strand in Nizza ist steinig, der fortgesetzte Wellenschlag rollt die Steine vorwärts und von selbst Ingeln sie dem zurückgehenden Wasser wieder nach. Das erzeugt das eigentümliche Kläuschen des Meeres in Nizza. Als Badestrand ist dieser Boden nicht schön und es ist auch wenig Badebetrieb zu sehen. Nizza hat seine Bedeutung durch sein mildes Klima, das das ganze Jahr über anhält. Wenn es bei uns rauh und kalt ist, ist es drunten in Nizza wunderschön, im Sommer ist es aber bei uns zweifellos schöner.

Französische Selbstverständlichkeiten

Wir Deutsche sind zu gewissenhaft erzogen, manches fehlt uns in Estanmen, was der Franzose als Selbstverständlichkeit hinnimmt. Denn man das Zeit im Spiel auf, so liegen zwei Kopfstützen nebeneinander. Der Franzose weiß, daß der Mensch nicht gern allein schläft, dem trägt er Rechnung. Auch dem Glauben, besonders dem Aberglauben widmet er viel Aufmerksamkeit. Die Zahl 13 gilt als Unglückszahl. Aus dem Kalender läßt sich die Zahl 13 nicht entfernen, dafür wird sie im übrigen gemieden. Im Straßenzug findet man ganz selten ein Haus Nr. 13. Hotelzimmer Nr. 13 gibt es überhaupt nicht, in der Zimmerflucht folgt einer 12 sofort 14 und am Schlüsselbrett steht diese Zahlenfolge mit einer Selbstverständlichkeit, als ob die Zahl 13 gar nicht da wäre.

Der Schaffner der Straßenbahn, ein flotter Junge, kassiert mit Geschwindigkeit seinen Wagen ab, stellt die Frage, ob alles mit Billetts versehen, und da es bejaht wird, geht er sich auf einen freien Sitzplatz im Wagen, zieht eine Zigarette aus dem Hosensack, wickelt sich kunstgeübt eine Zigarette, brennt sie an und beginnt als vollkommener Kaballer mit dem nebenliegenden Dienstmädchen das lustigste Gespräch. Bei jeder Station springt er auf, ruft laut aus, ist beim Aus- und Einsteigen behilflich, dann schmaucht er mit Wohlbehagen seine Zigarette weiter und nekt die kleine Poonne.

Die schönste Straße Marveilles ist die Rue de Republic. Zu allen Stunden des Tages fluten die Menschenmassen hindurch, am meisten in den frühen Abendstunden. Läuft da in der letzten Abendstunde eine junge, nettgelebete Frau die Rue entlang, die Bule geöffnet und die linke Brust freiliegend, an der sich ein Säugling gültlich tut. Die Franzosen strömen in Scharen vorbei, ohne auf diese Selbstverständlichkeit zu achten; für sie war es das Natürlichste von der Welt. Glücklich schien der Säugling zu sein, der verknügt mit den Weichen strampelte, während sein Vater mit stillverlorenem Blick neben der Mutter lustwanderte. Wir malten uns im Geiste aus, was gesehen würde, wenn eine Mutter in Deutschland in der letzten Abendstunde mit solcher Selbstverständlichkeit die Ansprüche eines schreienden Säuglings bestrichte. Es war aber für uns deutsche Untertanen nicht auszubedenken.

Ergreifend ist die Höflichkeit der Franzosen gegen Verstorbene. Auf dem Boulevard Victorie in Nizza kam in lebhafter Verkehrszeit ein Beizenzug, voran Geistliche und Kirchenknaben. Dem blumenüberladenen Sargwagen folgte ein großes Trauergefolge zu Fuß. Jede Straßenbahn hält an, Führer, Schaffner, Fahrgäste nehmen ihre Kopfbedeckung ab und andächtig hält man still, bis die Leiche vorüber ist. Das gleiche wiederholt sich mit jedem Auto und auch jeder Fußgänger bleibt stehen. Es gibt niemand, der nicht so viel Zeit ausbrächte, um dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. Das Trauergefolge folgt nur dem Zug bis zur Friedhofstür, der Beilegung wohnen nur die engsten Angehörigen bei. Wir Deutschen halten es für notwendig, auf dem Friedhof in Massen herumzutampeln, die Gräber zu gefährden und den Frieden des Totenfeldes zu stören.

Heimfahrt

Die Heimfahrt durch Italien bleibt uns als Sozialisten verperrt. Wir müssen wieder durch ganz Frankreich fahren, über Marveilles, Lyon nach Genf. In Genf halten wir uns noch zwei Tage auf, besuchen das Internationale Arbeitsamt, Genosse Fehlinger führt uns und macht uns mit den Einrichtungen vertraut, dann sehen wir uns die Stadt an, fahren am nächsten Tag über den Genfer See bis Montreux, leben dort noch einmal herrlich und in Frieden, dann geht es über Lausanne, mit dem Blick aufs Berner Oberland, über Fribourg, Bern, Olten nach Basel. In finsterner Nacht überschreiten wir die Grenze, die Zoll- und Polizeibehörde will nicht viel von uns und wir befinden uns wieder in der Heimat. Eines steht fest, was diese Reise auch manchmal beschwerlich gewesen sein, Eindrücke haben wir aber doch für das ganze Leben gewonnen. Nur in der Welt lernt man vollkommen aus. Dank den Führern, Dank auch dem Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, der uns diese Fahrt ermöglichte.

der Krankenkasse — die ja auch nur Menschen sind — durch den ewigen Tadel nicht gerade in ihrer Lauffahrt und in ihrem persönlichen Eintreten für die Kassemittglieder gefördert werden. Und wie die Frau, deren Ehegatte immer und immer am Essen zu mädeln hat, es schließlich auch nicht mehr wahrhaben will, wenn wirklich eine Speise nicht gelungen ist, so werden Vorstand und Geschäftsführer der Krankenkasse, wenn alle ihre Maßregeln gerügt werden, es am wenigsten merken, wenn wirklich einmal in der Sitzung eine weniger günstige Bestimmung, in der Verwaltung eine weniger zweckmäßige Einrichtung getroffen worden ist. Vollends verhängnisvoll aber ist es, wenn die Verdrängten — was ein anständiger Ehepaar gegenüber seiner Frau wohl niemals tut — nicht nur im eigenen Haus mit ihrer Krankenkasse schimpfen, sondern auch gegenüber Freunden, und gerade gegenüber solchen, die ihr ohnedies nicht wohlgesinnt sind, ihrem Herzen Luft machen. So charakterisiert das Gleichnis der Ehe, das Symbol gegenseitiger Abhängigkeit gar wohl das Verhältnis des Versicherten zu seiner Krankenkasse, wie es ist und wie es sein sollte.

Geschichten um den Butterpreis

Die Bäckermeister haben seit Wochen der Öffentlichkeit verperrt, den gesunkenen Getreide- und Mehlpreisen durch eine Erhöhung des Brotgewichts Rechnung zu tragen. Wie dieses Sprechen gehalten wird, zeigt folgendes kleine Geschichtchen, das der Konsumverein Mannheim in seiner Monatschrift mitteilt: Bäcker Bemme bekommt seit Jahr und Tag seine Butter vom Bauer Ball. Eines Tages fällt es ihm auf, was ihm schon lange aufgefallen war, daß die Stücke immer kleiner werden. Er wiegt nach und siehe, es fehlt an vier Pfund ein ganzes halbes Pfund. „So eine Gemeinheit“, sagt Bemme und geht mit der Butter zum Bauer Ball. „Hier habt Ihr mich schwer beschummelt. Wiegen Sie mal nach.“

Meint der Bauer Ball: „Das können wir ja machen. Das muß stimmen. Ich lege nämlich jedes Mal die vier Pfund Butter auf die eine Seite der Waage und auf die andere ein Viertelpfund von Ihnen.“



Verbandsleben



Lehre der Aussperrung

Die marxistische Soziologie sagt, daß das Bewußtsein der Menschen durch ihr gesellschaftliches Sein bestimmt wird. Zwar lehrt die Praxis, daß hier kein einfacher Mechanismus vorliegt, sondern daß das Erkennen der Tatsachen und Vorgänge erst ein bestimmtes Wissen auslöst. Das Bewußtsein des Menschen beharrt in längere vergangene Gedanken und Gewohnheiten und bogt sich nur widerwillig einem neuen gesellschaftlichen Sein an. Trop Radio und Luftschiff gibt es noch allerorts viele Menschen, die innerlich in Gedanken einer längst vergangenen Zeit angehören. Neben diesen finden wir solche, die aus kleinlicher Selbstsucht den Aufstieg der Arbeiterklasse hemmen. Bedeutungslos nehmen sie alle von der Gewerkschaft erkaupften Vorteile in Anspruch und schimpfen, wenn ihren Wünschen nicht weit genug Rechnung getragen worden ist oder werden konnte.

Im Mikrum nannte man Parasiten jene Zeitgenossen, die, um mitessen zu dürfen, die Güter mit ihren Wirten unterteilen, sich die unwürdige Behandlung gefallen und sich zu den dunkelsten Geistesarten n. h. brauchen lassen. Gleiches nicht unsere Unorganisierten diesen Geistesarten? Ihre große Zahl hat dem Unternehmertum in der Nordwestgruppe den Kamm schwellen lassen. Sie sind es, die schon durch ihr bloßes W. h. andenken die Unternehmer stärken in ihrem Vorhaben und die in starkem Maße mit schuldig sind an der Aussperrung. Hier, wo wie nirgendwo in Deutschland eine Zusammenballung von Menschen aus den verschiedensten Gebieten und mit sehr unterschiedlichem Geistesstand stattgefunden hat, glaubten die Eigentümer den Schlag gegen die Arbeiterbewegung führen zu können. Überdies erlaubten ihnen ein Bundesgenosse in der Kommunistischen Partei. In unglücklichen Zeitungsausschnitten, Flugblättern und Reden wurde an die rohe Kraft der Masse appelliert. Durch Wahl von Kampfleitern der Unorganisierten und durch öffentliche Kundgebungen verjagte man die Arbeiterbewegung die bolschewistischen Mittel zur Niederrückung der Unternehmer einzuschleusen. So kam man dem Verstecken und Fühlen der größtenteils unorganisierten Aussperrten entgegen. Gewiß, es hat das mal wenig oder gar nichts genützt. Der Anstrengung der organisierten Kollegenschaft ist es gelungen, daß auch ihre unorganisierten Schicksalsgenossen sich den Weisungen der Gewerkschaften unterordneten.

Diese Aussperrung hat den Unorganisierten gründlich klargemacht, daß es ein Eigenleben in der kapitalistischen Ordnung nicht gibt und daß man mit den Problemen der Z. h. sich auseinanderzusetzen muß. Keine gewöhnliche Einweisung, sondern der Reinigungsprozess gegen die eigenen überlieferten Gedanken und Gewohnheiten ist durchzuführen, und das in der Familie wie in den Wohnungen und in der Werkstatt. Es kann nicht angehen, bei Tage zu schimpfen und zu weigeln, das Abend aber sich wie ein latter Epischer hinter seinem Generalanleger zu verjagen. Die Erziehung im Sinne einer aktiven Stellungnahme zu allen Begebenheiten und Vorgängen des täglichen Lebens ist notwendig. Denn hier liegt die Kraft und Stärke der Arbeiterbewegung, in der bewußten Anwendung aller Mittel zur inneren und äußeren Befreiung der Arbeiterklasse. Das Fehlen einer sozialistischen Zeitung, die Unterstützung der Kommunisten und Produktivgenossenschaften, körperliche und geistige Betätigung in sozialistischen Kulturorganisationen sind wirksamere Mittel im Befreiungskampfe als die rohe Gewalt. Es ist ja viel leichter, sich zu gebären wie ein wildgewordener Epischer, als den Kampf gegen sich selbst aufzunehmen. Radikalismus und Kriegertum liegen beieinander, werden, je nach der Konjunktur, vertauscht. Daß auf solche Menschen, die im entscheidenden Augenblick verjagen, nicht gerechnet werden kann, bedarf keines Beweises. Nicht einzelne Menschen können die Verhältnisse meistern, sondern nur die organisierte Masse. C. B., Essen.

Die Konferenz des Bezirks Frankfurt

Die Konferenz legte am 11. November in Mainz. Es nahmen daran alles in allem 120 Personen teil. Vom Vorstand war Kollege Schlieffert erschienen. Dem Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters, des Kollegen Bernhardt, erkrankten bedauerlicherweise Einzelheiten nicht. Besonders in der Fahrrad- und Automobilindustrie sei die günstige Wirtschaftslage übertrieben. Deppensangewandter seien die Arbeiterlosen im Bezirk zurzeit geringer wie im Januar d. J. Die Aussperrung im Südrhein hat die Arbeiterklasse dort gewacht. Vielfach erklären Arbeiter in jener Gegend: „Wir brauchen keinen Verband, bei uns kommt es doch nicht zur Aussperrung.“ Wie sehr sich diese Leute täuschen, zeigt eben die Aussperrung. Bei 157 600 Beschäftigten im Bezirk ist die Zahl der weiblichen von 8000 auf 11 000 gestiegen. Die Zahl der im DVB organisierten Kollegen des Bezirks hat sich gegenüber der Zeit vor zwei Jahren um 10 % vermehrt. Im letzten Jahre wurden 65 Lohnbewegungen durchgeführt. In jeder Vereinbarung erreichten 45 ihren Abschluß, während 20 über den Weg der Schlichtungsstellen zu Ende gebracht wurden. Durch die Bewegungen konnten innerhalb der letzten zwei Jahre die ständischen Arbeitsverhältnisse im Durchschnitt von 86 auf 116 % gehiebert werden.

Eine anregende Aussprache wertete und ergänzte den Bericht. Kollege Borch besagt, daß wir im Streben zur Nationalisierung immer mehr Klassen, Anhängel der Maschinen werden. Kollege Meiner verlangt Sicherungen für die im Alter vorgerückten Arbeiter, die leider bei Renteneinstellungen ohne Berücksichtigung bleiben; Kollege Koll will dafür ein, daß wir uns für die Gewährung von Urlaub für Schilbung und jugendliche Arbeiter einsetzen. Sodann hielt Kollege Schlieffert einen Vortrag. Eingangs besprach er die Umstände, die zum Streik auf dem Schiffsbau führen geführt haben. Die deutschen Schiffbauwerke sind gegenüber der heutigen Lonnage überseht. Niemals können wir es aber dulden, daß Werften etwa nur mit außerordentlich niedrigen Löhnen am Leben erhalten werden. Dann ging der Redner über zum Kampf in der Schiffsindustrie. Die Anforderungen der Aussperrung für die Unternehmer sind katastrophal. Sämtliche Kartierungen sind erloschen. Schon heute hat durch diesen Schaden für die Lohnbewegungen aus dem Schiffsbau hätten ausmachen können. Daraus ist klar zu ersehen, daß es bei den Unternehmern gar nicht um die Löhne geht. Aus diesem Grunde kann beim Deutschen Metallarbeiter-Verband auch der Gedanke an ein Mittel zum Schiffsbau gar nicht aufkommen. Eine solche Forderung wäre zu einer Entladung gegen die Kapitalisten des Reichsbauwerks. Dementsprechend ist, daß die maßgeblichen Löhne der Schiffsbauindustrie sich nur gegen das Streikrisiko halten. Jeder Organisationsleiter muß wissen, daß der Staat in Wirtschaftskrisen überaus hilfreich eintritt. Man will allen Umständen und jeden finanziellen Einpruch auszuweichen. Der wirtschaftliche Zustand, daß ganz wenigen Führern eine so richtige wirtschaftliche Lage in die Hände gegeben ist, wie es bei der Aussperrung Reichsbau in Erfahrung tritt, wird nicht für alle Zeiten aufrechterhalten bleiben können. Die Führung des Kampfes muß ganz in den Händen der Gewerkschaften sein. Sowohl die Arbeiter, die man ansperrt, müssen sich unterwerfen. Einmal Unorganisierte zu unterwerfen sind, haben die in Frage kommenden Städte erkannt, daß die Verhandlungen für entsprechende Maßnahmen nur mit den Gewerkschaften führen werden.

Außerdem sprach Kollege Schlieffert noch über die Durchführung der Verbandstagsarbeiten, wobei er inorganisierte Kollegen

nahmen berührte. Er hob hervor, welchen hohen Wert die Wandlung in sich habe, daß auf den Verbandstagen die linken Fraktionsbindungen aufgehoben haben und wieder Reichheit besteht. Weiter streifte er die Eigenleistung des Verbandes nach Berlin, die im Schoße der Beratung so weit gediehen sei, daß man sich entschlossen habe, im Zentrum der Stadt ein entsprechendes Gebäude zu errichten. Über die eingeführte Invalidenunterstützung im Verband konnten gute praktische Hinweise für ihre Durchführung gegeben werden. Alle Teilnehmer haben von der Konferenz reiche Erfahrungen und beste Eindrücke mitnehmen können. Nach der Wahl der Vertreter in den Erweiterten Beirat und in die verschiedenen Bezirkskommissionen waren die Arbeiter der Konferenz am späten Nachmittag beendet.

Jubilarsfeiern

Die Verwaltung des Bezirkes hielt am 24. November ihr 34-jähriges Jubiläum ab. Der geräumige Saal erwies sich als viel zu klein, auch waren die jungen Kollegen stark vertreten. Bei dieser Gelegenheit wurden vier Kollegen, Josef Kraupner, Wolfgang Zapf, Georg Heidenreich und Karl Schmidt für ihre 25-jährige Mitgliedschaft im DVB geehrt. Der Kollege Knittinger (Nürnberg) hielt die Festrede. Während der 24 Jahre hat mancher rauhe Sturm die Verwaltungstelle heimgesucht, trotzdem ist sie Jahr für Jahr stärker und größer geworden. Er würdigte die Tatkraft der vier Jubilare, die sie mehr als 25 Jahre dem Verband gehalten haben, und empfahl sie den jungen Kollegen zur Nachahmung. Den Allen zur Ehr. den Jungen zur Lehr. Die Jubilare erhielten die Verbandsurkunde. Durch Theaterstücke und lebende Bilder, von der Jugendgruppe gut ausgeführt, wurde das Fest verziert. Den Schluß bildete ein Längchen.

Die Verwaltung des Bezirkes Hannover konnte in diesem Jahre auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Eine am 25. November von der Ortsverwaltung veranstaltete Jubiläumstafel gab die Möglichkeit, gleichzeitig eine Ehrung der Jubilare des Verbandes vorzunehmen. Kollege Zornau von der Bezirksleitung Hannover schloßerte in kurzen Zügen die Entwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Verwaltung des Bezirkes, wobei er den Jubilaren und Gründern der Verwaltungstelle, den Kollegen Mommeier, Geffe und Lange den Dank der Bezirksleitung und die Anerkennung des Vorstandes für die geleistete mühselige Aufst. arbeit ausdrückte und die Anwesenden, besonders die jüngeren Kollegen ermahnte, das Werk der Alten fortzuführen. Kollege Zornau sprach den Jubilaren den Dank der Ortsverwaltung aus und überreichte ihnen eine von der Verwaltungstelle gestiftete Ehrenurkunde. Mit einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband wurde die Feier, an die sich ein gemütliches Beisammensein angeschlossen, beendet.

Am 24. November veranstaltete die Verwaltung Harburg in den Räumen des Volkswohls eine Jubilarsfeier verbunden mit einem Sitzungsfest. 20 Kollegen mit 25-jähriger Mitgliedschaft sowie einige Kollegen, die im Vorjahre wegen Krankheit oder anderen Gründen der Feier nicht beizubehalten konnten, galt es zu ehren. Auch die Frauen der Jubilare waren zu der Feier geladen. Während eines gemeinsamen Abendessens ehrte der Bevollmächtigte, der Kollege Fischer die Jubilare. Der Kollege Christian Dollmann, der auf eine 25-jährige Mitgliedschaft zurückblicken kann, dankte im Namen der Jubilare und gab gleichzeitig einen geschichtlichen Überblick der Entwicklung vom Fachverein bis zur heutigen Größe der Verwaltungstelle. Ein Lehrer der freien weiblichen Schule sorgte durch niederdeutsche Rezitationen für Unterhaltung. Den Jubilaren wurde eine Ehrenurkunde in Form einer künstlerischen Mappe überreicht. Das sich anschließende Stiftungsfest war von Musik- und Gesangsvorträgen sowie niederdeutschen Vorträgen umrahmt. Einige Stunden frohlichen Saates bildeten das Ende der Feier.

Die Verwaltungstelle Mainz feierte gleichfalls ihre alten Mitglieder. Der Saal des Goldenen Hügels war vollständig gefüllt. Viele, die infolge Änderungen der Betriebs- und Erwerbsverhältnisse sich Jahre hindurch nicht mehr begegnen konnten, nahen bei der Jubilarsfeier wieder einmal zusammen. An den Ernst der Tage, die die deutschen Metallarbeiter im Kampfe mit einem großmächtigen Unternehmertum zu überleben haben, erinnerte in seiner Festrede Kollege Schlieffert. Der Einbruch auf die Forder war außerordentlich und wird von nachhaltiger Wirkung sein. Geehrt wurden 72 Jubilare, die seit 25 und 26 Jahren Mitglieder der Organisation sind. Jedem wurde eine Ehrenurkunde überreicht, nach Wunsch unter Glas und Rahmen oder in Form einer künstlerisch gearbeiteten Mappe. Seit der im Jahre 1891 erfolgten Gründung des Verbandes hat Mainz bis heute eine Ehrung von 168 Jubilaren vornehmen können. Darunter Kollegen, die seit Anbeginn der Organisation angehören. Kollege Dollmann dankte namens der Jubilare für die Veranlassung. Den Jungen vor allem nach, soweit sie sehen war, auch für die Eltern war es ein höchst erfreuliches Ereignis eine angenehme Beigabe.

August Quist Jubilar

Der frühere langjährige Schriftleiter unserer Metallarbeiter-Zeitung, der seit rund zehn Jahren im Dienst des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes steht, kann auf eine 25-jährige Tätigkeit als Gewerkschaftsangehöriger zurückblicken. Wir Metallarbeiter gebeten an diesem Tage gern unsere Kollegen August Quist und wünschen ihm für sein ferneres Wohlergehen das Beste. Der Jubilar trat 1889 seinem Berufsverband und 1891 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei, in dem er bis zum Jahre 1908 beschuldete ehrenamtliche Tätigkeit ausübte, bis er am 1. Dezember 1908 als Geschäftsführer der fiktiven Ortsverwaltung ausgetreten wurde. Da er als Mitarbeiter der Metallarbeiter-Zeitung wie als Übersetzer der norddeutschen Sprachen für sein Gewerkschaftsamt eifrig tätig war, wurde er im August 1905 in die Redaktion nach Stuttgart berufen, wo er bis zur Verabschiedung des Krieges wirkte. Am 1. Januar 1920 trat Quist als zweiter Redakteur des Korrespondenz-Blattes in der Dienst des DVB. Die Infanteriejahre zum Abzug seines Postens, doch blieb er auch weiterhin im Bundesdienst tätig. Nach einer längeren Krankheit in diesem Sommer ließ der 55-jährige wieder ungeschädigt an seinem Posten, den er hoffentlich noch viele Jahre ausfüllen kann.

Josef Seitz

Der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Bahndiener, Josef Seitz, ist am 3. Dezember nachbarter schnell aus dem Leben geschieden. Eine Lungenerkrankung war; den 61-jährigen aufs Krankenlager, von dem ihn nach zwei Tagen Freund Hein für immer weggeholt hat. Mit Seitz verlor der Verband der Deutschen Bahndiener einen leidenschaftlichen, energiegelassen, der unermüdlich für seinen Verband und seine Kollegenschaft an erster Stelle gearbeitet hat. Seit dem Tode Doblins, das sich nur zwei Jahre, übte er die Leitung des ersten Verbandesorgans aus. Sein Erscheinen ist ein herber Verlust für die organisierten Bahndiener. Auch wir sprechen an der Bahne dieses Jahres unsere tiefste Anteilnahme aus, in der Gewerkschaftsbewegung nach Josef Seitz ein dauerndes Andenken gewahrt werden.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern C.-2 62841, 62842, 62843

Mit Sonntag dem 16. Dez. ist der 51. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. Dezember 1928 fällig.

Erlaß für vollgeklebte Mitgliedsbücher

Die Verwaltungen werden auf die Beilage zum Rundschreiben Nr. 49 vom 24. November 1928: „Erlaß für vollgeklebte Mitgliedsbücher“ aufmerksam gemacht. Wir ersuchen, die darin enthaltenen Vorschriften genau zu beachten, damit der Umtausch der vollgeklebten Mitgliedsbücher ohne Störung der Mitgliedschaft vor sich geht.

Am 30. Dezember 1928 treten die auf dem Verbandstag in Karlsruhe beschlossenen Beiträge von 130, 100, 75, 70, 50, 40, 30 und 10 % in Kraft.

Die 1. Beitragsklasse (130 %) gilt für männliche Mitglieder nach vollendetem 20. Lebensjahr.

Die 2. Beitragsklasse (100 %) gilt für

a) männliche Mitglieder vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 20. Lebensjahr;

b) ungelernete Lohnarbeiter (Hilfsarbeiter) nach dem vollendeten 20. Lebensjahr;

c) weibliche Mitglieder mit höheren Verdiensten, die Anspruch auf Invalidenunterstützung erheben.

Die 2a-Sonderklasse (75 %) gilt für weibliche Mitglieder mit höheren Verdiensten in besonderen Industrien, die keinen Anspruch auf Invalidenunterstützung erheben.

Die 3. Beitragsklasse (70 %) gilt für

a) männliche Mitglieder (Ungelernte) vom vollendeten 16. bis zum vollendeten 20. Lebensjahr;

b) weibliche Mitglieder nach vollendetem 20. Lebensjahr, die Anspruch auf Invalidenunterstützung erheben.

Die 3a-Sonderklasse (50 %) gilt für weibliche Mitglieder nach vollendetem 20. Lebensjahr, die keinen Anspruch auf Invalidenunterstützung erheben.

Die 4. Beitragsklasse (30 %) gilt für

a) männliche Mitglieder unter 16 Jahren,

b) weibliche Mitglieder unter 20 Jahren,

c) die in Industriebetrieben tätigen Lehrlinge vom 3. Lehrjahre an.

Die 5. Beitragsklasse (10 %) gilt für Schilbung in handwerklichen Betrieben und für die in Industriebetrieben tätigen Lehrlinge im 1. und 2. Lehrjahr sowie für Invaliden, die keinen Anspruch auf Invalidenunterstützung erheben. In diese Klasse können auch die männlichen und weiblichen Mitglieder bis zu 16 Jahren eingereiht werden, die auf Grund niedriger Löhne nicht in der Lage sind, in der 4. Klasse Beiträge zu leisten.

Die Übergangs-Beitragsklasse (40 %) gilt für die bisherigen Invaliden, die Anspruch auf Invalidenunterstützung erwerben wollen.

Für kranke und arbeitslose Mitglieder, die Unterstellungen in vollem statutarischem Umfang bezogen haben, und für noch nicht bezugsberechtigte kranke und arbeitslose Mitglieder gelten besondere Beiträge (10 %).

Zu den Beiträgen der Klassen 1 bis 4 können noch die vom Vorstand genehmigten Lokalzuschläge erhoben werden.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzuliefern.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Waiblingen:

Der Schlichter Karl Gangel, geb. am 3. Juli 1904 zu Tübingen Mitgliedsbuch Nr. 6523638, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken.

Stuttgart, Kiefstraße 16.

Der Vorstandsvorstand

Zur Beachtung! • Zutritt ist fernzuhalten:

von Drechern und Sichern nach Graz (Andriker Maschinenfabrik A.-G.):

von Arbeiterleitern nach allen Werkstätten im Nord- und Ostseeggebiet:

B. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; W. = Wirtshaus; A. = Aussperrung.

Verbandsanzeigen

Meißner, Geschäftsführer zum baldigen Antritt gesucht. Erste Kraft organisatorisch und agitatorisch befähigt, muß Lohnverhandlungen selbständig führen sowie mit Arbeitsgerichts-, Betriebsratsgesetz und Schlichtungsweisen vertraut sein, aufklärende Vorträge halten können. Verlangt wird mindestens zehnjährige Mitgliedschaftsbauer. Bewerbungen, aus dem Alter, Beruf, Familienstand sowie Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehend, sind bis zum 5. Januar 1929 an den Kollegen Adolf Leind, Meißner, Martinstr. 6, mit der Aufschrift „Bewerbung“ zu richten.

Weihnachtsgeschenke

machen die Kopfzerbrechen, denn sie sollen nicht nur Freude erwecken, sie müssen in der heutigen Zeit auch zweckmäßig und ersparnisreich sein. Ein Geschenk von dauerndem Wert ist stets ein Fahrrad. Der Besitz eines Rades macht unabhängig von den öffentlichen Verkehrsmitteln. Nicht nur für berufliche Fahrten, sondern auch für Erholungszwecke verwendbar, kann es viel Freude bereiten. Wir möchten an dieser Stelle besonders auf das Weihnachtsgeschenk des bekannten Lindcar-Fahrradwerks AG, eines unternehmenseigenen der Gewerkschaften hinweisen, welches jedem Kollegen die Anschaffung eines Lindcar-Fahrrades zu Bedingungen ermöglicht, die wirtschaftlich tragbar sind. Die Räder werden ohne Anzahlung zu Wohnraten von 3 A abbezahlt. Besonders sei auch auf die beliebten Lindcar-Kinder-Fahrräder aufmerksam gemacht. Auskunft über den Bezug erteilen alle Ortsauschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes; sonst werde man sich direkt an das Lindcar-Fahrradwerk in Berlin-Neukölln oder an eine seiner Filialen. Bestellungen, die bis zum 17. Dezember d. J. dem Werk vorliegen, werden so rechtzeitig erledigt, daß die Räder zum Fest eintreffen.

Berliner Elektro-Hütte G. m. b. H., Berlin SO 36, Elisabethufer 56, Tel. N. 1. Vorzug 4332. Unter dieser Firma ist von einigen Gewerkschaften unter Führung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ein Elektro-Großinstallationsunternehmen gegründet worden, das auch günstige Bezugsquellen für Beleuchtungsapparate, Heiz-, Kochapparate und sonstige elektrische Maschinen, Apparate usw. ist.

Von der Lebenshaltung in der Schweiz

P. B. Von der Lebenshaltung sprechen heißt hauptsächlich zwei Dinge berücksichtigen, einmal die Lohnhöhe und dann die Warenpreise. Bei den Preisen wiederum sind maßgebend die Wohnungsmiete, Ernährung und die Bekleidung. Mit der Lohnfrage ist gewöhnlich auch die Arbeitszeitfrage verbunden. Das alte Gesetz: Lange Arbeitszeit — niedriger Lohn, kurze Arbeitszeit — höherer Lohn ist heute noch gültig und muß bei unserer Betrachtung mit einbezogen werden.

Was die Lohnhöhe der schweizerischen Metallarbeiter anbetrifft, so kann gesagt werden, daß der Stundenlohn eines guten Berufsarbeiters (Schiefer, Dreher, Heizungsmonteur, Mechaniker) inbegriffen Akkord zwischen 1,80 bis 2 Fr. schwankt. In einzelnen Fällen wird auch darüber verdient, dies namentlich bei den Goldschalenmachern der Uhrenindustrie. Die Hilfsarbeiter weisen größere Unterschiede auf, da unterschieden werden muß zwischen angelernten Maschinenarbeitern und gewöhnlichen Hilfsarbeitern. Die Maschinenarbeiter verdienen durchschnittlich 1,30 bis 1,40 Fr. die Stunde, inbegriffen Akkord. Die Hilfsarbeiter etwa 1,20 bis 1,60 Fr. Jugendliche und weibliche Hilfskräfte erhalten 60 Rappen bis 1 Fr. Nur in der Uhrenindustrie, wo es sich um angelernte Frauen handelt, verdienen sie Löhne, die denen der männlichen Kollegen annähernd gleich kommen. Seit 1922, wo der Lohn um etwa 30 vH vermindert wurde, sind die Löhne um 5 vH gestiegen, haben also nur eine kleine Steigerung erfahren. Gemessen an den Löhnen des Auslandes scheinen diese Löhne verhältnismäßig hoch. Dabei ist aber nicht zu vergessen, daß die Schweiz nach wie vor eines der teuersten Länder ist.

Kann man kurz die Preise betrachten, wobei die Indizeszahlen des Eidgenössischen Arbeitsamtes benutzt werden sollen. Wenn wir für Juni 1914 den Index auf 100 setzen, so betrug er für Nahrungsmittel, Brenn- und Leuchtstoffe, Seife, Bekleidung und Miete im Jahre 1921 noch 200; 1922 sank er auf 164, wo zugleich der Lohnabbau einsetzte. 1924 stand der Index wieder auf 160, um dann nach und nach auf 160 im Jahre 1927 zu sinken. Heute steht der Index auf etwa 162. Der Rückgang seit 1921 ist sowohl bei Nahrungsmitteln wie bei der Wohnungsmiete festzustellen, nur ist der Rückgang der Wohnungsmiete langsamer erfolgt. Die Mieten sind deshalb auch heute noch in allen schweizerischen Städten sehr hoch. In Bern bezahlt man für eine Dreizimmerwohnung immer noch 1200 bis 1500 Fr. je nach Lage. Dabei sind Arbeiterwohnungen verstanden. In anderen Städten ist die Miete etwas niedriger, so in Zürich, wo die Stadt selber große Wohnbauten auführt.

Angesichts dieser Teuerung wird man begreifen, warum in der Schweiz die Löhne höher sind als anderswo. Sie sind bedingt durch die teure Lebenshaltung. Freilich — ohne gewerkschaftliche Aktion wären die Löhne niemals an die Teuerung angeglichen worden. Es bedurfte heftiger Kämpfe sowohl während der Preissteigerungszeit wie nachher zur Abwehr des Lohnabbaus bei der Preisentkung. Es kann deshalb wohl gesagt werden, daß der Arbeiter im allgemeinen dank seiner Gewerkschaft heute besser lebt als vor dem Kriege. Dies schon deshalb,

weil er die 48-Stundenwoche errungen und gesetzlich festgelegt hat. Leider sieht das schweizerische Fabrikgesetz als Ausnahme-fälle vor, daß in Zeiten starken ausländischen Wettbewerbs auf Wunsch hin die Arbeitszeit für gewisse Zeit auf 52 Stunden die Woche verlängert werden kann (Art. 41 des Fabrikgesetzes). Von dieser Bestimmung machen nun die Unternehmer reichlichen Gebrauch und sie finden beim Volkswirtschaftsdepartement ein williges Ohr. Für ihre Gesuche machen die Unternehmer meistens kurze Vorfälle geltend und suchen so jeweils für gewisse Abteilungen und für Wochen, oft auch für Monate um die Gewährung der 52-Stundenwoche nach. Dem Widerstand der Metallarbeiterschaft ist es nun zu danken, daß auch hier Einschränkungen erfolgen mußten. So erhalten in Zukunft nur noch solche Betriebe die Bewilligung für die 52-Stundenwoche, die einen Lohnzuschlag von mindestens 10 vH bezahlen. Für die gewöhnliche Überzeit, die nicht nach Art. 41 des Fabrikgesetzes bewilligt wird, muß nach wie vor ein Überzeitzuschlag von 25 vH bezahlt werden. Im großen und ganzen sind aber die Arbeitszeitverlängerungen Ausnahmen und sie werden von der Arbeiterschaft genau überwacht.

Zur Besprechung der Lebenslage der schweizerischen Metallarbeiter gehört auch die Ferienfrage. Seit Kriegsende hat die Ferienbewegung auch in der Schweiz gewaltig zugenommen. Dies um so mehr, als das Land selber die anziehendsten Reize bietet und zur Erholung in der Natur einladet. In der Metallindustrie werden die Ferien nach Dienstjahren eingeteilt. Es erhalten demgemäß die Arbeiter Ferien von 3 bis 21 Tagen je nach Dienstjahren. Der Mindesttag wird gewährt nach drei Dienstjahren, der Höchsttag wird erreicht nach 25 Dienstjahren. In der Uhrenindustrie waren bisher noch keine Ferien üblich. Erst im letzten Schalenmacherstreik gelang es für den Anfang 6 Ferientage im Jahr festzusetzen. Die Bewegung wird selbstredend auch auf die anderen Uhrenbranchen übergreifen.

Hand in Hand mit der Ferienbewegung geht die schöne Entwicklung der Naturfreudebewegung in der Schweiz. Immer mehr Unterkunfts- und Ferienhütten und Berghäuser werden eröffnet, um so der Arbeiterschaft einen billigen und schönen Aufenthalt in den Bergen zu ermöglichen. Wir finden deshalb auch die Metallarbeiter sowohl dem Sommer- wie dem Wintersport in Masse huldigend. Leider bedenken auch hier viele jungen Leute nicht, wie viele Opferrechte die „Alten“ führen mußten, bis man soweit war. Es ist doch immer wieder die Gewerkschaft, die die Arbeiterschaft auf höhere Kulturstufen führt.

Daß auch unserem Kampf Schranken gesetzt sind, ist klar. Ein Land, das selber keine Rohstoffe besitzt, also alles einkaufen und nach dem Veredelungsprozeß im Ausland absetzen muß, hat mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Aber gerade deshalb ist es notwendig, in unserem Lande eine Arbeiterschaft zu erhalten, die Qualitätsarbeit zu leisten vermag. Dies ist nur möglich mit einer gut gestellten Arbeiterschaft und einer zielbewußten Lehrlingsausbildung. An letzterer Aufgabe wird die Gewerkschaft in Zukunft noch mehr mitarbeiten müssen als bisher.

Internationale Unternehmersolidarität

Die Lage auf dem internationalen Stahl- und Eisenmarkt ist zurzeit äußerst günstig. Die Fabriken der meisten großen Produktionsländer sind voll beschäftigt. Man hätte deshalb erwarten dürfen, daß sich der durch den Konflikt in Nordwestdeutschland verursachte Produktionsausfall auf dem Weltmarkt ziemlich bald und stark auswirken werde. In der Tat sind ziemlich bald nach Beginn des Konfliktes Preisfestsetzungen und Preissteigerungen eingetreten, so in Belgien, England, Österreich, der Tschechoslowakei. Die Aufwärtsbewegung ist jedoch nicht so sprunghaft gewesen, wie dies sonst bei Konflikten ähnlichen Ausmaßes der Fall ist.

Dies kann zum Teil auf ganz natürliche Ursachen und vor allem darauf zurückgeführt werden, daß allgemein mit einer kurzen Dauer des Konfliktes gerechnet wurde. Viele Werke, so vor allem in Belgien und Frankreich, sind außerdem mit Aufträgen voll beschäftigt und hatten deshalb wohl keine Lust, auf den deutschen Produktionsausfall zu spekulieren und dafür etwa gar ihren Betrieb zu erweitern. Sie wissen, daß die deutschen Schwerindustriellen — natürlich auf Kosten des Inlandes — schon vor der Aussperrung große Opfer gebracht haben, um im Hinblick auf die nächste Festsetzung des Anteils in der Internationalen Rohstahlgemeinschaft möglichst viel auszuführen. Sie nahmen deshalb an, daß Deutschland nach Beendigung des Konfliktes doppelte Anstrengungen machen werde, um seine Ausfuhr zu vergrößern. Zweitens haben die Eisenerzeuger außerhalb Deutschlands sicher nicht die Absicht, ihre Ausfuhranteile so stark zu überschreiten, wie dies Deutschland getan hat. Wohl haben die deutschen Schwerindustriellen, indem sie ihre Anteile stark überschritten und demgemäß hohe Strafgebühren auf sich genommen haben, der französischen Eisenindustrie, der dieses Geld zugute kam, einen großen Dienst geleistet und die Lage der französischen Eisenindustrie damit sehr verbessert. Diese wird jedoch kaum daran denken, auch so freigebig zu sein.

Alle diese und ähnliche Dinge sind jedoch nicht hinreichend, um zu erklären, weshalb der Weltmarkt nicht stärker auf einen so großen, schließlich doch einen ganzen Monat dauernden Konflikt reagierte. Es müssen in diesem Falle stärkere Bindungen vorhanden gewesen sein, die einer Art Disziplin gleichkamen. Diese Disziplin wurde geschaffen durch die Internationale Rohstahlgemeinschaft. Es ist für die Arbeiterschaft äußerst lehrreich, feststellen zu können, daß, ganz abgesehen von eigentlichen Abmachungen, schon das bloße Vorhandensein einer solchen Körperschaft den Unternehmern bei der Durchführung eines Kampfes eine gewisse Zurückhaltung verleiht und gewisse Garantien gibt. Wenn auch bei längerer Dauer des Konfliktes die kapitalistische Gewinn- und der Neid die freundschaftlichen Erwägungen schließlich wieder verdrängt haben würde, so ist doch während der ersten drei Wochen nicht zu verkennen gewesen, daß innerhalb der Internationale der Eisenindustriellen ein Solidaritätsgefühl wirksam war.

Daß tatsächlich solche Dinge eine Rolle spielten, konnte nicht nur aus der verhältnismäßig ruhigen Lage des Weltmarktes gemessen werden, sondern es wurde da und dort glatt zugegeben. So schrieb der Korrespondent eines bürgerlichen Blattes aus dem Kampfgebiet in bezug auf das Roheisen: „Es kann als sicher gelten, daß die beinahe 50prozentige Produktionsverringeringung in Deutschland auf die ausländische Konkurrenz verdrängend gewirkt und sie veranlaßt haben würde, ein stärkeres Vordringen

auf dem deutschen Markt zu versuchen, wenn nicht durch das bestehende Kontingentsabkommen des Roheisenverbandes mit den infolge ihrer Selbstkostenlage gefährlichsten Wettbewerbern Frankreich, Luxemburg und Saargebiet, diesen Ländern jede Ausnutzung der Lage unmöglich gemacht würde... Noch stärker als beim Roheisen erweisen sich bei den Stahl- und Walzwerkezeugnissen die internationalen Bindungen, und die Auswirkungen der Betriebsstilllegung auf die In- und Auslandsmärkte für eine gewisse Zeit zu mildern.“ An einer anderen Stelle wird gesagt: „Der wahrscheinlich vorhandene Drang, Produktion und Ausfuhr zu forcieren, wird bei den für den Wettbewerb mit Deutschland in Frage kommenden Ländern — mit Ausnahme von England — vor allem durch die in der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (der England nicht angehört) festgelegten Bindungen sehr stark gehemmt. Im Export nach Deutschland verhängt die Aussperrung diesen Ländern mengenmäßig nur einen begrenzten, preismäßig dagegen überhaupt keinen Sondervorteil... Überdies wäre eine Verstärkung der Produktionskapazität zum Zwecke einer besseren Ausnutzung der durch die vorübergehende teilweises Aussperrung Deutschlands am Exportmarkt geschaffene Situation sowohl für die belgische als auch für die französische Eisenindustrie infolge der Bindungen in der Internationalen Rohstahlgemeinschaft äußerst bedenklich.“

Das Vorhandensein so starker internationaler „Bindungen“ und ihre Auswirkung unterstreicht wieder einmal deutlich die Notwendigkeit ebensolcher und womöglich noch stärkerer „Bindungen“ und „Auswirkungen“ auf Seite der organisierten Arbeiterschaft!

Für Lohnausfall bei Betriebsstörung haftet der Unternehmer

Mit einer für die gesamte Arbeiterschaft wichtigen Frage beschäftigte sich das Reichsarbeitsgericht. Den Reichsleiter führt ein Teil der Beklagten gegen die Rödnernwerke AG in Osnabrück. Am 6. Oktober 1927 entstand in dem Walzwerk der Beklagten auf der Georgsmarienhütte dadurch eine Betriebsstörung, daß ein Antriebsriemen riß und gleichzeitig hierdurch eine Antriebswelle beschädigt wurde. Es liegt weder ein Verschulden der Arbeiterschaft noch des Werkes an dieser Betriebsstörung vor. Die Reparatur des Schadens erforderte drei Tage, während deren eine Arbeit der Beklagten an diesem Teil des Walzwerkes ausgeschlossen war. Die Betriebsstörung war vormittags entstanden. Bis zum Schluß der Tagesarbeit wurden die Arbeiter anderweitig beschäftigt. Die Beklagten erlitten sich mit einer späteren Nachholung der Arbeit, insbesondere mit der Sonntagsarbeit nicht einverstanden, verlangte vielmehr während der Reparatur der Welle anderweitig im Werk beschäftigt zu werden. Es war eine Einigung nicht zu erzielen, worauf die Betriebsleitung die gesamte durch Betriebsstörung betroffene Belegschaft nach Hause schickte. Zwei Tage war die gesamte Belegschaft des Werkes, darunter die Kläger, ohne Arbeit. Die Kläger verlangen für die Zeit, während sie ohne Arbeit waren, um Wege der Klage den Arbeitslohn, der unter Zugrundelegung einer 57-jährigen Arbeitswoche zu berechnen ist. Die Beklagte hat Abweisung der Klage beantragt. Sie vertritt den Standpunkt, daß die Beschädigung der Welle, weil aus von ihr nicht zu vertretende Umstände zurückzuführen, sie von der Verpflichtung befreie. Es sei ihr unmöglich gewesen, die Belegschaft an anderen Stellen ihres Werkes während der Reparatur unterzubringen. Im übrigen sei durch die Bestimmungen des § 14 der Arbeitsordnung ihre Verpflichtung für

Bahlung des Lohnes für die Ferienarbeiten ausgeschlossen. Das Arbeits- und auch Landesarbeitsgericht in Osnabrück verurteilte die Firma zur Zahlung des Lohnes.

Um in dieser Frage eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen, legte die Beklagte und der Arbeitgeberverband Revision ein. Von Unternehmenseite waren zwei Rechtsanwälte erschienen, um der Sache zum Siege zu verhelfen. Rechtsanwalt Dr. Fraentel als Vertreter der Kläger begründete die Revision. Er wies darauf hin, daß es sich um eine wichtige Frage handelt, die nicht nur für die Kläger, sondern für die gesamte Arbeiterschaft äußerst belangvoll ist. Bei Betriebsstörungen dürfe der Arbeiter keine Lohneinbuße haben. Auch im vorliegenden Fall seien die Arbeiter der Auffassung, daß der § 14 der Arbeitsordnung ihren Lohnanspruch nicht zu beeinträchtigen vermöge, soweit ein Betriebshindernis ihrer Arbeit entgegengetreten ist. Er beantragt, daß das Reichsarbeitsgericht die Revision abweist und zugunsten der Kläger entscheidet.

Das Reichsarbeitsgericht kam in diesem Antrag nach und verwarf kostenpflichtig die Revision der Beklagten. — In diesem Falle sei festzustellen, daß eine Schuld an dieser Betriebsstörung auf beiden Seiten nicht besteht. Wenn aber auch der Unternehmer nichts für solche unvorhergesehene Betriebsstörungen kann, so muß er aber berücksichtigen, daß die schwächere Seite, also der Arbeiter, den Schaden auch nicht tragen kann. Mit solchen Ereignissen muß der Arbeitgeber immer rechnen und hat für den Schaden aufzukommen. Das Reichsgericht habe in solchen Fällen immer zugunsten der Arbeiter entschieden und konnte auch in diesem Fall nicht abweichen.

Die eigentliche Bedeutung der Entscheidung liegt in der Auseinandersetzung mit der Arbeiterarbeitsordnung der Metallindustrie, die für Hunderttausende von Arbeitern beachtlich ist. Wenn es dort heißt: „Bezahlt wird nur die wirklich geleistete Arbeit“, so war es lange Zeit zwischen den Verbänden unbestritten, ob hierdurch auch der Fall des § 15 EGB betroffen wird. Indem das Reichsarbeitsgericht sich auf den von den Gewerkschaften vertretenen Standpunkt stellt, hat es für die gesamte Metallindustrie Klarheit über eins der umstrittensten Probleme geschaffen. (Mtz. 81/28.)

Die Alkoholverteilung geht zurück

Im Jahre 1913 wurden in Deutschland 68,8 Millionen Hektoliter Bier erzeugt, 1927 hingegen 61,8 Millionen Hektoliter. Da die gegenwärtige Bevölkerung eine andere Zusammensetzung aufweist als in der Vorkriegszeit und 5 Millionen Erwachsene mehr vorhanden sind, so fällt der Winderverbrauch von Bier ins Gewicht. In der Vorkriegszeit entfielen auf den Erwachsenen die Woche 3 Liter Bier, 1927 hingegen nur 2 Liter. Der Branntweinverbrauch ist ganz gewaltig zurückgegangen. 1900/01 entfiel auf einen deutschen Einwohner 4 1/2 Liter Schnaps, 1913 2 1/2 Liter, jetzt 1 1/2 Liter. Auch in anderen Ländern ist der Branntweinverbrauch gewaltig gesunken. Die Vereinigten Staaten scheiden jetzt fast vollständig aus und das früher größte Schnaps konsumierende Land Rußland weist einen ziemlich starken Winderverbrauch auf.

So erfreulich der Rückgang der Alkoholverteilung ist, sie ist doch immer erdrückend arg. Noch immer wird ein Riesenberg von Verstand, Wohlfahrt und Familienglück durch den Suij zerstört. Die völlige Beseitigung dieser Elendsquelle kann nicht ernst genug genommen werden.

Schriftenschau

Konjunkturverschärfung durch Lohnrückstellungen? Von F. Rudolf W. Deumer. Verlag Dr. A. Reifferscheid & Co., Essen. Auslieferung R. F. Kochler, Komm.-Geschäft, Leipzig, Spitalstraße 10. Preis 50 Pf., kart. 5,80 M. — Ein Buch, das den Nachweis erbringen will, daß Nominallohnerhöhungen zur Steigerung der Arbeitslosigkeit führen und das sich mit den gegenwärtigen Auffassungen von Larnom, Leberer, Breniano usw. auseinandersetzt.

Das Gemeinwohl in der Arbeitszeitverordnung. Von Dr. jur. Martin Michel. 18. Heft der Schriften des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig, herausgegeben von Professor Dr. Erwin Jacobi. 1928. Preis 4,20 M. Verlag von Neimann Jobbing, Berlin SW 61. — Das „Gemeinwohl“ in der Arbeitszeit dürfte in der Arbeitszeitverordnung neben der „Arbeitsbereitschaft“ der schrecklichste Begriff sein. Es besteht vielfach immer noch das Streben, solche Begriffe als allgemeine und darum dehnbare anzusehen. Die vorliegende Schrift legt sich zum Zweck, den Begriff des Gemeinwohls zu unteruchen und festzulegen. Die Herbeizugung des Arbeitsbegriffes sowie der Vergleich mit der ausländischen Gesetzgebung bilden den Abschluß der Ausführungen.

Die materialistische Geschichtsauffassung und ihre Anwendung. Eine allgemeinverständliche Darstellung von W. Reimes. Berlin 1929. 68 Seiten. Preis kart. 1,40 M. Falbklein 2,30 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 3. — Eine der stärksten Stützen der sozialistischen Weltanschauung ist zweifellos die materialistische Geschichtsauffassung. Sie steht deshalb mit Recht im Mittelpunkt der Bildungsbestrebungen, durch die das Jungvolk in die Gedankenwelt des Sozialismus eingeführt werden soll. Gerade der Jugend diese Kernfrage unserer Theorie nahebringen und ihr dadurch einen Einblick in die treibenden Ursachen alles geschichtlichen Geschehens zu eröffnen, ist um so eher angebracht, als der Geschichtsunterricht der Volksschule vielfach noch auf entgegengesetzten, unhaltbaren Anschauungen fußt. Es ist deshalb lebhaft zu begrüßen, daß der Arbeiterjugend-Verlag in diesem Buch von W. Reimes, dem wir bereits eine weiterverbreitete kleine Wirtschaftsgeschichte verdanken, eine Schrift herausbringt, die eine äußerst populäre Darstellung mit wissenschaftlicher Genauigkeit verbindet. Ihr Hauptwert und ihr besonderer Reiz für ungeschulte Leser besteht darin, daß sie in einem reichen, anschaulichen Anschauungsmaterial aus allen möglichen Gebieten, aus der Wirtschafts-, Kultur- und Geistesgeschichte, aus Völkerkunde und Geschichtslehre die umfassende Tragweite der Theorie darlegt und ihre Überlegenheit gegenüber veralteten Anschauungen überzeugend herausarbeitet. Durch alle Buchhandlungen zu beziehen oder vom Verlag.

Europa. 4. Jahrgang. Panuropa-Verlag, Wien-Leipzig. Preis 50 S. Aus dem Inhalt des Heftes 9 ist zu nennen: Krieg und Revolution von H. A. Coudenhovener-Kalergie, ferner aus der Feder von Dr. Otto Deutsch: Rußland und wir. Die Zeitschrift dient dem Gedanken der vereinigten Staaten von Europa.

Von Verdun bis Stinnes. Kriegsbilder von ergreifender Tragik und formvollendeter Gestaltung von C. P. Hiesgen. Preis 1 M. Fackler Verlag, Hamburg-Bergedorf.

Kämpfer und Räuber. Von Hermann Wendel. Preis brosch. 2,50 M., Leinen 3,50 M. E. Laubitz Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. — Hermann Wendel, der bekannte feinfühnige Essayist der Daxlerliteratur, versucht sich hier an Größeren. Er gibt einen Querschnitt durch die große europäische Literatur der Dichter und Räuber des menschlichen Fortschrittes, jener revolutionären Geister, die, zurückgebunden, in den blauen Fernen der Zukunft doch den Triumph der Freiheit für alle über egoistische Privatrechte sehen.

Die Gesellenprüfung für Schlosser. Zum Gebrauch beim Ablegen der Gesellenprüfung für Schlosser in Fragen und Antworten. Bearbeitet von F. Nicol und J. Schulz. Verlag von Gustav Hoff, Dresden-N. 1. Preis nur 50 S. Das kleine lehrreiche Werkchen hat sich für den Prüfling aufs beste bewährt. In 132 Fragen umfaßt es alles das, was der Schlosserlehrling nach Beendigung seiner Lehrzeit wissen muß.

Der Klassenkampf. Sozialistische Politik und Wirtschaft. Herausgegeben von W. Adler, R. Levi, R. Rosenfeld, M. Spewig und H. Ströbel. Erscheint am 1. und 15. jeden Monats in der E. Laubitz Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Abonnementpreis monatlich 85 S. Zu beziehen durch die Post oder Verlagsbuchhandlungen.

Geschäftsbericht für die Jahre 1922 bis 1928 des DGB. Ortsauskunft Köln a. Rh. Herausgegeben vom Ortsauskunft Köln a. Rh., Severinsstraße 199.

Druck und Verlag. Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Schillingstraße 16

